

Explorative Studie zur politischen Partizipation junger Frauen

Studienbericht

Flavia Enengl, Katharina Aufhauser, Ronja Nikolatti, Lucas Meyer,
Nadja Bergmann

Unter Mitarbeit von Miriam Schmutzer

Impressum

Verfasser*innen: Dieser Bericht wurde von L&R Sozialforschung im Auftrag der Sektion für Frauenangelegenheiten und Gleichstellung im Bundeskanzleramt (Abteilung III/6) erstellt

Medieninhaber*in:

L&R Sozialforschung GmbH, Liniengasse 2A/1, 1060 Wien

Tel.: +43 (1) 595 40 40 - 0

www.lrsocialresearch.at

Alle Rechte vorbehalten, Nachdruck – auch auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet

Es wird darauf hingewiesen, dass im vorliegenden Studienbericht das Gendersternchen als Mittel der geschlechtergerechten Sprache verwendet wird.

Wien, November 2023

Inhalt

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	2
1 Hintergrund und Gegenstand der Studie	3
2 Methodisches Vorgehen und Umsetzung	5
3 Konzeptionelle Einbettung	12
4 Bedeutung von Politik im eigenen Leben und sozialen Umfeld	17
5 Politisches Interesse und Informiertheit	20
6 Politische Fähigkeiten und Selbsteinschätzung	27
7 (Partei-)politische Partizipation	30
8 Einflussfaktoren auf das (partei-)politische Engagement von Frauen	40
9 Exkurs: Wahrnehmung der Rolle von Frauen in der Politik	44
10 Fazit und mögliche Handlungsansätze	47
11 Literatur	53
Anhangtabellen	57

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1	<i>Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Mit wem und wie oft – wenn überhaupt – sprichst du über politische Themen?</i>	18
Abbildung 2	<i>Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Persönliches Interesse an gesellschaftspolitischen Themen</i>	21
Abbildung 3	<i>Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Persönliches Interesse an Politikebenen</i>	23
Abbildung 4	<i>Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Gründe für schlechte Informiertheit</i>	24
Abbildung 5	<i>Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Verwendete Informationsquellen (Mehrfachnennungen möglich)</i>	25
Abbildung 6	<i>Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Selbsteinschätzung der politischen Kompetenzen</i>	28
Abbildung 7	<i>Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Persönliche Erfahrungen mit gesellschaftspolitischem Engagement (Mehrfachnennungen möglich)</i>	31
Abbildung 8	<i>Frauen zwischen 16 und 25 Jahren: Teilnahme an politischen Wahlen in Österreich (Mehrfachnennungen möglich)</i>	32
Abbildung 9	<i>Frauen zwischen 16 und 25 Jahren: Wenn noch nicht an politischen Wahlen in Österreich teilgenommen: Warum? (Mehrfachnennungen möglich)</i>	33
Abbildung 10	<i>Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Persönliche Erfahrungen mit politischem Engagement im organisierten Rahmen</i>	34
Abbildung 11	<i>Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Wenn noch kein parteipolitisches Engagement: Warum? (Mehrfachnennungen möglich)</i>	36
Abbildung 12	<i>Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Wenn noch kein außerparteiliches Engagement: Warum? (Mehrfachnennungen möglich)</i>	36
Abbildung 13	<i>Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Persönliche Motivation für (partei-)politisches Engagement</i>	37
Abbildung 14	<i>Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Aktivitäten und Strategien zur Stärkung des Interesses junger Menschen für Parteipolitik</i>	38
Abbildung 15	<i>Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Gründe warum sich Frauen seltener (partei-)politisch engagieren</i>	41
Abbildung 16	<i>Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Aktivitäten und Strategien zur Stärkung der Motivation von Frauen, sich (partei-)politisch zu engagieren</i>	43
Abbildung 17	<i>Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Einschätzung der Rolle von Frauen in der Politik</i>	45
Abbildung 18	<i>Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Bewertung der Rolle von Frauen in der Politik</i>	45
Tabelle 1:	Beschreibung der Stichprobe	7

1 Hintergrund und Gegenstand der Studie

Nach wie vor ist die politische Landschaft in Österreich von einer Ungleichverteilung der Geschlechter geprägt. So sind aktuell lediglich fünf der 14 Mitglieder bzw. 36% der Bundesregierung (Kanzler, Vizekanzler und Minister*innen) weiblich (Parlament Österreich 2023a). Der Frauenanteil im Nationalrat liegt bei rund 40% und im Bundesrat bei rund 43% (Parlament Österreich 2023b; 2023c). Bisher waren alle Bundespräsidenten in Österreich männlich, bei der letzten Wahl war unter den sieben Kandidaten keine Frau vertreten (BKA 2023).

Auf Ebene der Landesregierungen sind rund 38% der Repräsentant*innen weiblich, wobei die Quote je nach Bundesland zwischen 50% (Steiermark) und 22% (Oberösterreich) liegt (Stand Dezember 2022, BKA 2023). Unter den neun Landeshauptleuten befindet sich aktuell eine Frau, und zwar in Niederösterreich (Parlament Österreich 2023d). Sehr gering ist die Repräsentation von Frauen insbesondere auf kommunaler Ebene. Im Oktober 2023 waren nur 10,6% aller Bürgermeister*innen in Österreich weiblich (Gemeindebund 2023).

Um die Repräsentation und die Teilhabe der Frauen am politischen Geschehen in Österreich nachhaltig und langfristig zu verbessern, ist es besonders wichtig, möglichst früh anzusetzen und mithilfe gezielter Maßnahmen Mädchen und junge Frauen schon in jungen Jahren für (partei-)politisches Engagement zu sensibilisieren und zu begeistern. Solche Ansätze sollen das Potenzial junger Frauen hinsichtlich der politischen Mitbestimmung aufzeigen und sicherstellen, dass die Interessen und Sichtweisen der Frauen in politischen Entscheidungsprozessen angemessen vertreten sind. Dabei zeigt eine aktuelle Umfrage (Gallup 2022), dass sich mehr als die Hälfte der befragten jungen Frauen zwischen 14 und 30 Jahren in Österreich (sehr) für Politik interessiert und dass junge Frauen gerne mehr auf Bundes- (47%), Länder- (46%) und Gemeindeebene (42%) mitbestimmen würden. Trotz dessen geben auch jeweils ca. 60% an, sie würden nicht in einer politischen Partei aktiv werden bzw. ein politisches Amt anstreben wollen – im Unterschied dazu trifft dies auf 44% bzw. 52% der männlichen Befragten zu. Die Ergebnisse des aktuellen Welt-Mädchenberichts (Plan International 2022) weisen ebenso auf eine starke Diskrepanz hin. So sind 96% der befragten Frauen und Mädchen im Alter von 15 bis 24 Jahren in Österreich der Meinung, dass politisches Engagement wichtig sei. Nur 12% können sich jedoch vorstellen, tatsächlich für ein politisches Amt zu kandidieren.

Vor diesem Hintergrund nimmt sich die geplante Studie zum Ziel, die Gründe für diese Diskrepanz zu identifizieren: Warum können sich junge Frauen trotz Interesse an politischen Themen und politischer Mitbestimmung vergleichsweise selten vorstellen, ein politisches Amt zu übernehmen? Darüber hinaus ist es ein zentrales Anliegen, gemeinsam mit der Zielgruppe der Mädchen und jungen Frauen im Alter von 14 bis 25 Jahren Handlungsoptionen herauszuarbeiten, um das aktive (partei-)politische Engagement junger Frauen zu fördern und jene Barrieren zu überwinden, die diesem bislang im Weg stehen. Die Studie bleibt damit nicht bei der Identifizierung der Probleme hinsichtlich der (partei-)politischen Partizipation von Mädchen und jungen Frauen stehen, sondern arbeitet Gestaltungsoptionen heraus, die zeitnah auf die praktische Handlungsebene überführt werden können – etwa auch im Rahmen der

Umsetzung des Projektes „Girls in Politics“¹. Dabei wird die Zielgruppe mit ihren Wahrnehmungen, Bedarfen und Perspektiven in den Mittelpunkt gestellt.

Konkret stehen folgende Themenpunkte im Fokus der Studie:

- Interesse an Politik im Allgemeinen und konkreten politischen Themen.
- Unterschiedliche (partei-)politische Partizipationsformen junger Frauen und „Stationen“ politischer Partizipation.
- Potenzielle Hürden sowie förderliche Faktoren auf dem Weg zur aktiven (partei-)politischen Partizipation.
- Wissen über unterschiedliche Möglichkeiten aktiver (partei-)politischer Partizipation.
- Einfluss von Geschlechterstereotypen auf die (partei-)politische Partizipation junger Frauen.
- Relevanz weiblicher Role-Models für die (partei-)politische Partizipation junger Frauen und insbesondere für das Interesse an der Ausübung eines politischen Amtes.
- Rolle der Selbst- bzw. Kompetenzeinschätzung bei der Entscheidung junger Frauen, sich (partei-)politisch zu engagieren.
- Ansprüche an Erwerbsarbeit (z.B. Arbeitsumfang, Work-Life-Balance etc.) junger Frauen und deren Kompatibilität mit Vorstellungen über das Berufsbild „Politikerin“.

¹ [Weiterführende Informationen zum „Girls in Politics“ Projekt](https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/frauen-und-gleichstellung/gleichstellung-am-arbeitsmarkt/girls-in-politics.html) (zuletzt abgerufen am 09.10.2023)
<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/frauen-und-gleichstellung/gleichstellung-am-arbeitsmarkt/girls-in-politics.html>

2 Methodisches Vorgehen und Umsetzung

Die Analyseschwerpunkte wurden anhand wissenschaftlicher Fragestellungen und unter Rückgriff auf einen Mix aus quantitativen und qualitativen Methoden der empirischen Sozialforschung bearbeitet. Konkret sind folgende Methoden zum Einsatz gekommen:

- Literaturrecherche und -analyse des aktuellen Forschungsstandes rund um Themen der (partei-)politischen Partizipation von Frauen, möglichen Einflussfaktoren und Hindernissen bei der Entscheidung, (partei-)politisch aktiv zu werden oder ein Amt auszuüben;
- Explorative, quantitative Onlinebefragung von jungen Menschen (Fokus auf Mädchen und jungen Frauen zwischen 14 und 25 Jahren);
- Durchführung von drei partizipativen Workshops mit jungen Frauen aus der Zielgruppe.

2.1 Literaturrecherche und -analyse

Vorbereitend auf die Primärerhebungen wurde zu Beginn der Studie eine Literaturrecherche und -analyse durchgeführt, um relevante Analyseschwerpunkte zu identifizieren. Die relevante Literatur wurde im Hinblick darauf analysiert, welche Rolle verschiedene Einflussfaktoren wie Sozialisierung oder Geschlechterstereotype für die Motivation junger Frauen, (partei-)politisch aktiv zu werden oder ein politisches Amt auszuüben, spielen. Die Erkenntnisse der Literaturanalyse bilden zum einen die Basis für die Erstellung der empirischen Erhebungsinstrumente (Fragebogen und Workshopkonzept), bilden aber zum anderen auch den konzeptionellen Rahmen der vorliegenden Studie und fließen in die Interpretation der Ergebnisse sowie in die Ausarbeitung der praktischen Gestaltungsmöglichkeiten ein.

2.2 Explorative quantitative Online-Befragung

Um eine möglichst breite Zielgruppe erreichen zu können, wurde eine österreichweite quantitative Befragung von jungen Menschen mit Fokus auf der Zielgruppe der Mädchen und jungen Frauen im Alter von 14 bis 25 Jahren mithilfe eines teilstandardisierten Online-Fragebogens durchgeführt. Dieser bietet ein breites Bild über das politische Interesse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Österreich sowie über ihre bisherigen Erfahrungen mit (partei-)politischem Engagement, und hilft die Herausforderungen und Spannungsfelder herauszuarbeiten, die es in diesem Bereich gibt.

Der Fragebogen wurde in enger Abstimmung mit der Auftraggeberin entwickelt und enthält neben geschlossenen Fragen mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten, auch viele offene Fragefelder, in welchen die Ausfüllenden ihre näheren Erfahrungen und Einschätzungen weitergeben konnten. Inhaltlich ermöglichte der Fragebogen Aussagen über unterschiedliche Altersgruppen, Standorte sowie über den Migrationshintergrund, Bildungsniveau bzw. den sozioökonomischen Status der Teilnehmenden zu tätigen. Dadurch konnten Indizien identifiziert werden, welche externen Faktoren das Interesse an der (partei-)politischen Arbeit sowie das (partei-)politische Engagement beeinflussen. In dem Fragebogen wurde ein Fokus darauf

gelegt, wie (partei-)politische Arbeit und Partizipation bzw. wie die Vorstellungen von (partei-)politischer Arbeit konkret aussehen. Ebenso wurde schwerpunktmäßig erfasst, welche „Stationen“ von (partei-)politischer Partizipation die Teilnehmenden durchgemacht haben, etwa über Schulsprecherinnenfunktionen, ehrenamtliche Tätigkeiten oder Studienvertretung. Auch die Wahrnehmung von Geschlechterbildern in der Politik und konkret die Rollen von Politikerinnen wurden erhoben. In diesem Zusammenhang wurden auch förderliche sowie hinderliche Faktoren, die sich auf das politische Interesse und das (partei-)politische Engagement auswirken, sowie konkrete Ansätze zur stärkeren Förderung der (partei-)politischen Partizipation erfasst.

Das erhobene Datenmaterial wurde mittels SPSS statistisch bzw. mittels textanalytisch-inhaltlicher Verfahren im Bereich der offenen, qualitativen Items ausgewertet.

Umsetzung

Die Online-Befragung wurde im Zeitraum Juni bis September 2023 durchgeführt. Verteilt wurde sie über bestehende Kontakte zu arbeitsmarktpolitischen Projekten, zu konkreten Mädchenspezifischen Angeboten, zur offenen Jugendarbeit, zu Schulen sowie über allgemeine öffentliche Kanäle.

Insgesamt wurden 606 vollständig ausgefüllte Fragebögen in die Analyse einbezogen. Davon waren 356 Mädchen und junge Frauen im Alter von 14 bis 25 Jahren. Da diese Mädchen und junge Frauen die Hauptzielgruppe der vorliegenden Studie bilden, wird in weiterer Folge hauptsächlich darauf fokussiert. Von den verbleibenden 250 validen Fragebögen wurden 240 von jungen Männern und zehn von nicht-binären Personen aus der gleichen Altersgruppe ausgefüllt. Lediglich bei statistisch signifikanten Unterschieden zur Gruppe der gleichaltrigen jungen Männer und nicht-binären Personen, wird darauf hingewiesen. An dieser Stelle gilt es noch anzumerken, dass die geringe Anzahl an beteiligten nicht-binären Personen keine gesonderten Auswertungen nur für diese Subgruppe zulässt, weshalb diese und die Subgruppe der jungen Männer in der vorliegenden Auswertung zusammengefasst werden. Aufgrund des sehr geringen Anteils der nicht-binären Personen sind die beobachteten signifikanten Unterschiede allerdings hauptsächlich für die vergleichsweise viel umfangreichere Gruppe der jungen Männer aussagekräftig. Folglich sind die nicht-binären Personen zwar in der Vergleichsgruppe hinsichtlich des Geschlechts ebenfalls inbegriffen, aber im weiteren Verlauf können aufgrund der geringen Aussagekraft der Ergebnisse für diese Personen nur mehr Aussagen über die Subgruppe der Männer gemacht werden.

Nachfolgende Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Zusammensetzung der Stichprobe der Online-Befragung nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen:

Tabelle 1: Beschreibung der Stichprobe

		Frauen	Männer und nicht-binäre Personen	Gesamt	
		Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil an Kategorie (%)
Alter	14 bis 18 Jahre	262	182	444	73,3%
	19 bis 22 Jahre	60	42	102	16,8%
	23 bis 25 Jahre	34	26	60	9,9%
	Gesamt	356	250	606	100,0%
Eigener Geburtsort	in Österreich	323	226	549	92,3%
	in einem anderen Staat	26	20	46	7,7%
	Gesamt	349	246	595	100,0%
Bundesland	Burgenland	12	9	21	3,5%
	Kärnten	81	49	130	21,6%
	Niederösterreich	65	30	95	15,8%
	Oberösterreich	62	55	117	19,4%
	Salzburg	3	31	34	5,6%
	Steiermark	15	15	30	5,0%
	Tirol	40	31	71	11,8%
	Vorarlberg	33	5	38	6,3%
	Wien	43	23	66	11,0%
	Gesamt	354	248	602	100,0%
Wohnort (wenn nicht in Wien wohnhaft)	Größere Stadt (über 100.000 Einwohner*innen)	37	37	74	14,0%
	Mittelgroße Stadt (zwischen 40.000 und 100.000 Einwohner*innen)	30	7	37	7,0%
	Kleinere Stadt (unter 40.000 Einwohner*innen)	47	45	92	17,4%
	Ländlich (Dorfgemeinden etc.)	193	134	327	61,7%
	Gesamt	307	223	530	100,0%
Geburtsort Eltern bzw. Erziehungsberechtigte	Beide Eltern in Österreich geboren	245	181	426	71,4%
	Einer der Elternteile in Österreich geboren	43	28	71	11,9%
	Beide Eltern nicht in Österreich geboren	61	39	100	16,8%
	Gesamt	349	248	597	100,0%
Beschäftigungssituation (Mehrfachnennungen möglich)	Schüler*in	276	186	462	71,5%
	Student*in	39	25	64	9,9%
	Berufstätig	35	34	69	10,7%
	In einer Lehrausbildung	14	23	37	5,7%
	Ohne Beschäftigung/nicht arbeitssuchend	7	5	12	1,9%

		Frauen	Männer und nicht-binäre Personen	Gesamt	
		Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil an Kategorie (%)
	Hausarbeit und/oder Kinderbetreuung	0	2	2	0,3%
	Arbeitsunfähig	0	0	0	0,0%
	Gesamt	371	275	646	100,0%
Höchste abgeschlossene Schulausbildung (wenn keine Schüler*in)	Pflichtschule	23	16	39	27,9%
	Lehrabschluss	0	1	1	0,7%
	Berufsbildende Mittlere Schule	3	4	7	5,0%
	Berufsbildende Höhere Schule	16	12	28	20,0%
	Allgemeinbildende Höhere Schule	21	17	38	27,1%
	Universität oder Fachhochschule	14	7	21	15,0%
	Sonstiges	3	3	6	4,3%
	Gesamt	80	60	140	100,0%

Quelle: L&R Datafile ‚Politische_Partizipation‘, 2023, n zwischen 140 und 606

Differenziert nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen ergibt sich folgendes Bild: Die Stichprobe der vorliegenden Erhebung besteht größtenteils aus sehr jungen Menschen. So fallen 74% der befragten Mädchen und jungen Frauen in die Altersgruppe zwischen 14 und 18 Jahren, weitere 17% sind zwischen 19 und 22 Jahre alt und lediglich 10% sind zwischen 23 und 25. Die Verteilung der beteiligten jungen Männer und nicht-binären Personen nach Alter fällt ähnlich aus: 73 % lassen sich der Altersgruppe zwischen 14 und 18 Jahren zuordnen, weitere 17% der Altersgruppe zwischen 19 und 22 Jahren und 10% sind zwischen 23 und 25 Jahren alt. Auch die Variable Alter wird in der Auswertung herangezogen, um signifikante Unterschiede innerhalb der Zielgruppe der Mädchen und jungen Frauen zwischen 14 und 25 Jahren aufzuzeigen. Hierzu werden signifikante Unterschiede zwischen der Gruppe der jungen Frauen zwischen 14 und 18 Jahren und jene der Frauen zwischen 19 und 25 Jahren ausgewiesen.

Angesichts der Altersverteilung ist wenig überraschend, dass 74% der befragten jungen Frauen Schülerinnen sind – unter den befragten jungen Männern und nicht-binären Personen liegt der Schüler*innenanteil bei 68%. Weitere 11% der befragten Frauen studieren und lediglich 9% sind berufstätig. Eine ähnliche Verteilung lässt sich auch unter den jungen Männern und nicht-binären Personen erkennen: 9% davon studieren und 12% sind berufstätig. Weiters befinden sich 4% der jungen Frauen und 8% der jungen Männer und nicht-binären Personen derzeit in einer Lehrausbildung. Jene Teilnehmende, die keine Schüler*innen mehr sind, wurden auch nach ihrer höchsten abgeschlossenen Schulausbildung gefragt. Dies trifft auf eine geringe Anzahl der Befragten zu, und zwar auf 80 junge Frauen und 60 junge Männer und nicht-binären Personen. Bezogen auf diese Subgruppe haben 29% der jungen Frauen einen Pflichtschulabschluss und weitere 26% haben eine allgemeinbildende höhere Schule abgeschlossen. Berufsbildende höhere Schulen und Universitäten oder Fachhochschulen stellen für 20% bzw. 18% der jungen Frauen den höchsten Bildungsabschluss dar. Die jungen

Männer und nicht-binären Personen haben großteils eine allgemeinbildende höhere Schule (28%) oder eine Pflichtschule (27%) abgeschlossen, während weitere 20% eine berufsbildende höhere Schule als ihren höchsten Schulabschluss angeben.

Der Großteil der Befragten wurde in Österreich geboren. Unter den Mädchen und jungen Frauen aus der Zielgruppe liegt dieser Anteil bei 93%, unter den gleichaltrigen jungen Männern und nicht-binären Personen bei 92%. Dies trifft auch auf ihre Eltern mehrheitlich zu: Bei insgesamt 70% der Mädchen und jungen Frauen und 73% der jungen Männer und nicht-binären Personen wurden beide Elternteile in Österreich geboren.

Die Erhebung wurde österreichweit durchgeführt. Mädchen und junge Frauen aus Kärnten sind mit 23% am stärksten vertreten, gefolgt von Frauen aus Niederösterreich und Oberösterreich mit Anteilen von jeweils 18%. Mit 1% bzw. 3% verzeichnen Salzburg und das Burgenland die geringsten Anteile unter den teilnehmenden Frauen. Der Großteil der jungen Männer und nicht-binären Personen lebt in Oberösterreich (22%), gefolgt von Kärnten (20%) sowie Tirol und Salzburg (jeweils 13%). Die geringsten Anteile unter den teilnehmenden Männern und nicht-binären Personen weisen Vorarlberg (2%) und das Burgenland (4%) auf. Weiters leben 12% der befragten jungen Frauen und 9% der jungen Männer und nicht-binären Personen in Wien. Für Teilnehmende, die nicht in Wien wohnhaft sind, wurde zusätzlich der aktuelle Wohnort abgefragt. So leben 63% der befragten jungen Frauen und 60% der jungen Männer und nicht-binären Personen aktuell in ländlichen Regionen. Weitere 15% der jungen Frauen und 20% der jungen Männer und nicht-binären Personen leben in kleineren Städten mit einer Bevölkerung unter 40 Tsd. Einwohner*innen. Die mittelgroßen Städte mit Einwohner*innenzahlen zwischen 40 und 100 Tsd. Personen sind sowohl unter den befragten jungen Frauen als auch den jungen Männern und nicht-binären Personen am wenigsten vertreten (10% bzw. 3%). Weiters leben 12% der befragten jungen Frauen und 17% der jungen Männer und nicht-binären Personen in größeren Städten über 100 Tsd. Einwohner*innen. Signifikante Unterschiede werden auch nach Urbanisierungsgrad für die Zielgruppe der Mädchen und jungen Frauen zwischen 14 und 25 Jahren geprüft. So wird darauf hingewiesen, wenn sich die in ländlichen Regionen wohnhaften jungen Frauen in ihrem Antwortverhalten signifikant von den in städtischen Regionen inklusive Wien wohnhaften Frauen unterscheiden.

2.3 Partizipative Workshops mit jungen Frauen

Eine weitere methodische Herangehensweise der Studie waren drei partizipative Workshops mit Mädchen und jungen Frauen aus der Zielgruppe. Ziel der Workshops war, gemeinsam mit den Teilnehmerinnen konkrete Lösungsansätze zur Förderung der politischen Teilhabe junger Frauen zu entwickeln. Konkret wurden mögliche Handlungsfelder identifiziert und praxisnahe Strategien entwickelt, um junge Frauen zur (partei-)politischen Partizipation sowie – längerfristig – zur parteipolitischen Ausübung eines Amtes zu motivieren. Die Inhalte dieser Workshops bauen unter anderem auch auf den Ergebnissen der vorangegangenen quantitativen Erhebung sowie der Literaturrecherche auf und vertiefen diese.

Umsetzung

Für die Workshops wurden möglichst diverse Gruppen von Mädchen und jungen Frauen zwischen 14 und 25 Jahren miteinbezogen, sodass auch hinsichtlich der sozio-ökonomischen Faktoren ein differenziertes Bild gezeichnet werden kann.

Vor diesem Hintergrund wurden schwerpunktmäßig junge Frauen, die bereits erste (partei-)politischen Erfahrungen sammeln konnten oder sich durch ein sehr hohes politisches Interesse auszeichnen, zum ersten Workshop eingeladen. Dieser Workshop hatte einen starken explorativen Charakter. Der Fokus des ersten Workshops lag inhaltlich zum einen auf der Identifikation von Zugängen aus dem privaten und institutionellen Feld sowie auf der Ausarbeitung von förderlichen Faktoren, welche es jungen Frauen ermöglichen, ein politisches Interesse und eine Partizipationsbereitschaft auszubilden. Dies wurde durch die Ausarbeitung von hypothetischen Fallbeispielen in Kleingruppenarbeiten noch konkretisiert. Zudem wurden hinderliche bzw. erklärende Faktoren diskutiert, welche Frauen den Zugang zu Politik erschweren und das Berufsbild beeinflussen.

Aufbauend auf den Erkenntnissen des ersten Workshops wurde das Workshopkonzept adaptiert und auf die Zielgruppen der nächsten beiden Workshops abgestimmt. Der zweite sowie dritte Workshop wurde mit jungen Frauen aus arbeitsmarktpolitischen Projekten durchgeführt. Dies begründet sich dadurch, dass diese Personen meist durch verschiedene soziale Barrieren bei (partei-)politischer Partizipation besonders benachteiligt werden. Aus diesem Grund wurde hier, neben der Erhebung, auch Wissensvermittlung und Reflexion angestrebt. Behandelt wurde zum einen das allgemeine Verständnis von Politik, politische Themen und die Identifikation persönlicher Herausforderungen im Alltag. Daran anknüpfend wurde diskutiert, wie diese Problemfelder politisch bearbeitet werden können. Zudem wurde auch in diesen Workshops erhoben, mit wem und wo über Politik gesprochen wird, d.h. die Zugänge wurden ermittelt. Ein weiterer Fokus lag auf der Identifikation von wünschenswerten Eigenschaften einer „politischen Superheldin“. Dies diente auch der anschließenden Diskussion über die Wahrnehmung des Status quo der Zielgruppe und deren Annahmen darüber, warum weniger Frauen in der Politik sind – auch mit Fokus auf strukturelle Rahmenbedingungen.

Die Workshopskonzepte wurden so gestaltet, dass möglichst vieles auf Plakaten, Flip Charts oder vorbereiteten Handouts festgehalten werden konnte. Es wurden sowohl Plenumsdiskussionen als auch Gruppenarbeiten durchgeführt. Die Workshops wurden vor allem wegen der erwünschten Natürlichkeit und Offenheit der Gespräche nicht aufgezeichnet, sie wurden aber umfassend protokolliert. Diese Protokolle sowie die gemeinsam mit den Workshopteilnehmerinnen erarbeiteten Materialien dienten als Grundlage für die Auswertung.

Der erste Workshop fand in Wien in den Räumlichkeiten von L&R Sozialforschung am 08. August 2023 statt. Daran nahmen sechs junge Frauen im Alter zwischen 18 und 27 Jahren (Altersdurchschnitt 21 Jahre) teil. Eine Teilnehmerin besuchte zum Zeitpunkt des Workshops noch die Schule, die anderen fünf waren Studentinnen (Soziologie, Bildungswissenschaften, Grafik und Kommunikationsdesign, internationales Recht, Wirtschaft und Schauspiel).

Der zweite Workshop fand am 12. September 2023 in Wien am Standort eines arbeitsmarktpolitischen Projektes mit sechs Teilnehmerinnen im Alter zwischen 16 und 23 Jahren (Altersdurchschnitt 18 Jahre) statt. Der dritte Workshop wurde ebenfalls am Standort eines arbeitsmarktpolitischen Projektes in Graz am 14. September 2023 abgehalten. Daran nahmen

zehn junge Frauen zwischen 14 und 17 Jahren (Altersdurchschnitt 16 Jahre) teil. In beiden Fällen handelt es sich um Angebote, die jungen Menschen ohne Lehrstelle oder Schulbesuch die notwendige Nachreifung und Einbindung bieten.

Die Gruppen waren bei allen drei Workshops relativ klein, was aber einen sehr intensiven Austausch zwischen den Teilnehmerinnen ermöglichte und zu aussagekräftigen Erkenntnissen führte. Ausgehend von der Logik qualitativer Sozialforschung ging es nicht darum, statistische Repräsentativität zu erreichen, sondern vielmehr ermöglichten die Workshops, tiefere Einblicke in ein Phänomen zu erhalten und qualitative Unterschiede sowie Gemeinsamkeiten innerhalb einer Zielgruppe auszuarbeiten. Bei der Auswahl der spezifischen Zielgruppen lag der Fokus vorrangig darauf, auch junge Frauen, die potenziellen Mehrfachdiskriminierungen ausgesetzt sind, in die Erhebung miteinzubeziehen. Zudem wurde angestrebt, dass neben Wien auch ein weiteres Bundesland vertreten ist. Einige der Teilnehmerinnen in Graz kamen zudem aus dem Umland. Auch die Studentinnen in Wien sind nicht alle in der Stadt aufgewachsen und politisch sozialisiert worden. Die Ergebnisse können somit nicht nur als für den städtischen Bereich geltend begriffen werden.

3 Konzeptionelle Einbettung

Der Begriff der „politischen Partizipation“ umfasst eine Vielzahl an Aktivitäten auf unterschiedlichen Ebenen bzw. Stufen. Die Ausübung eines politischen Amtes stellt damit nicht die einzige, sondern eine von vielen Möglichkeiten (partei-)politischer Partizipation dar.

Um (partei-)politische Partizipation analytisch in den Blick nehmen zu können, ist es zunächst notwendig, zwischen einer normativen und instrumentellen Ebene zu unterscheiden: Während politische Partizipation auf normativer Ebene als Wert an sich angesehen und die politische Teilhabe möglichst vieler Bürger*innen angestrebt wird (Sailer & Tamesberger 2013), geht es auf instrumenteller Ebene – welche im Mittelpunkt der vorliegenden Studie steht – vorwiegend um Fragen der Interessensdurchsetzung, Mitentscheidung und Mitgestaltung der Lebenswelten durch Bürger*innen (Schultze et al. 2019). Unter Rückgriff auf die Definition von Kaase (1994) umfasst dies individuelle oder kollektive Handlungen bzw. Aktivitäten, die darauf abzielen „*Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems (Gemeinde, Land, Bund, evtl. supranationale Einheiten) zu beeinflussen und/oder diese selbst zu treffen*“ (ebd., S.442).

Laut Hoecker (1995, S.18) können diese Handlungen weiters in *konventionelle* (parteiliche Mitarbeit, Wahlbeteiligung) und *unkonventionelle Formen* (Teilnahme an Demonstrationen oder Beteiligung an Bürgerinitiativen) sowie in *Protestformen* (Streiks, Hausbesetzungen) unterteilt werden.

Wenngleich konventionelle Formen (parteiliche Partizipation bzw. das Ausüben von Politik als Beruf) in der vorliegenden Studie im Fokus stehen, ist es bedeutend, diese im Zusammenspiel mit anderen Formen politischer Partizipation zu betrachten, da unterschiedliche Formen der politischen Partizipation sich beeinflussen bzw. häufig ineinander übergehen. Ein historisches Beispiel hierfür war der Anstieg der Repräsentation von Frauen in politischen Parteien und Ämtern, der in starkem Zusammenhang mit der Frauenbewegung stand (Steininger 2000, S.141ff).

Aktuelle Studien verweisen darauf, dass Frauen sich politisch engagieren, dies aber vornehmlich nicht-parteilich und damit auf unkonventioneller Ebene. So zeigt sich etwa im Welt-Mädchenbericht (Plan International 2022), dass sich 88% der befragten Mädchen und jungen Frauen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren bereits politisch engagiert haben, dies überwiegend in nicht-parteilichen Gruppen oder Organisationen. Auch Dörfler und Kaindl (2019) kommen zu dem Ergebnis, dass die politische Partizipation von Frauen öfter außerhalb als innerhalb politischer Parteien erfolgt.

Der aktuelle Stand der Forschung verweist darauf, dass die Gründe für die geringere allgemeine und insbesondere geringere partei- und berufspolitische Partizipation von Frauen und Mädchen vielschichtig und auf mehreren, sich gegenseitig beeinflussenden Ebenen, angesiedelt sind. Neben geschlechtsspezifisch ungleichen strukturellen Rahmenbedingungen, die auf bestehende Ungleichheiten im Bildungssystem und am Arbeitsmarkt rückführbar sind und zu geringeren Ressourcen für (partei-)politisches Engagement bei Frauen und Mädchen führen, nehmen auch stereotype Geschlechterrollenbilder in der Sozialisation sowie in der (medialen) Darstellung von Frauen eine gewichtige Rolle ein.

Hindernis 1: Strukturelle Ungleichheiten und ihre Implikationen für (partei-)politische Partizipation

Das Ausmaß sozioökonomischer Ressourcen stellt eine zentrale Rolle für Möglichkeiten politischer Partizipation dar: „*Je mehr Einkommen, Zeit, Bildung Selbstvertrauen und Status eine Person hat, desto wahrscheinlicher partizipiert sie*“ (Fuchs 2010, S.549).

Aufgrund sich hartnäckig haltender tradierter Geschlechterrollenverteilungen sind Frauen in Österreich nach wie vor in hohem Maße für unbezahlte Haushalts- und Sorgearbeit zuständig. Die daraus resultierende hohe Teilzeitquote von 51% (Statistik Austria 2023) geht mit entsprechenden Einkommenseinbußen für Frauen einher.

Dazu kommt, dass die berufliche Laufbahn von Männern unabhängig von der Familienplanung meist linear verläuft, während diese bei Frauen häufig mit Erwerbsunterbrechungen und/oder Arbeitszeitreduktionen verbunden ist – ein Aspekt, der sich ebenfalls stark auf die finanzielle Situation auswirkt (Dörfler & Kaindl 2019; Pflanzelt & Spies 2019). Dass Frauen ihr grundsätzlich vorhandenes Interesse seltener als Männer in aktive Beteiligung umsetzen können, kann zunächst also als Resultat der nach wie vor bestehenden ökonomisch ungleich verteilten Ressourcen zwischen Frauen und Männern betrachtet werden.

Neben den dadurch bedingten finanziellen Ungleichheiten wirkt sich die nicht-paritätische geschlechtsspezifische Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit aber auch auf anderen Ebenen nachteilig auf die Möglichkeiten politischer Partizipation von Frauen aus. Während Sorgearbeit – wie sie größtenteils von Frauen verrichtet wird – zeitliche Ressourcen stark beansprucht und dadurch ein Hindernis für politische Partizipation darstellt, hat Erwerbsarbeit aufgrund des damit verbundenen Zugangs zu Netzwerken einen positiven Einfluss auf politische Partizipationsprozesse (Lorenzini & Bassoli 2015). Frauen befinden sich damit in einem bislang schwer zu durchbrechenden Teufelskreis: So führt die Verantwortung für Betreuungs- und Hausarbeit zu zeitlichen und erwerbsbezogenen Einschränkungen, was sich dann wiederum negativ auf Chancen politischer Partizipation auswirkt (Pflanzelt & Spies 2019).

Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass Studien die schwierige Vereinbarkeit als Hauptfaktor für fehlende Beteiligung von Frauen in der kommunalen Politik identifizieren (Dörfler & Kaindl 2019; Stainer-Hämmerle et al. 2022). Eine Befragung des Gemeindebundes (2019) unter 530 österreichischen Bürgermeister*innen zeigt in diesem Zusammenhang, dass 36% der Befragten neben dem Amt einen Zivilberuf in Teilzeit und ein Drittel sogar in Vollzeit ausüben. Dennoch gibt fast die Hälfte an, durchschnittlich über 41 Wochenstunden für ihre Tätigkeit in der kommunalen Politik aufzuwenden; 45% investieren zwischen 21 und 40 Wochenstunden. Über die Hälfte der Befragten fühlt sich zudem sehr großen Belastungen ausgesetzt. Unter den Bürgermeisterinnen sind sogar 65% dieser Ansicht. Auch in der aktuellsten Befragung unter 466 österreichischen Bürgermeister*innen (Stainer-Hämmerle et al. 2022) geben knapp 40% der befragten Bürgermeister und 45% der Bürgermeisterinnen einen zeitlichen Einsatz zwischen 41 und 60 Wochenstunden für ihre Amtstätigkeit an. Mehr als 10% der Bürgermeister wenden sogar über 60 Stunden pro Woche dafür auf, dies betrifft aber mehr als ein Viertel der befragten Bürgermeisterinnen. Dass die Ausübung eines politischen Amtes mit einem so hohen zeitlichen Aufwand einhergeht, stellt eine zentrale Hürde für Personen mit Betreuungspflichten dar und erschwert damit vor allem Frauen die Ausübung eines politischen Amtes.

Hinzu kommt eine Politik- und Parteikultur, die stark an den Bedürfnissen von Männern ausgerichtet ist und kaum Rücksicht auf Personen mit Betreuungspflichten nimmt. Konkret äußert sich dies beispielsweise in Sitzungszeiten, die mit Betreuungspflichten schwer vereinbar sind; fehlenden Vor-Ort-Betreuungsmöglichkeiten für die Zeit während der Amtsausübung oder in mangelndem Verständnis für die Anwesenheit von Kleinkindern während Sitzungen (Weidhofer et al. 2023). Auch in der aktuellsten Bürgermeister*innenbefragung (Stainer-Hämmerle et al. 2022) nennen fast 80% der befragten Bürgermeisterinnen die schwierige Vereinbarkeit mit der Familie und über 60% eine männlich geprägte Parteikultur als Grund für den geringen Frauenanteil in der Gemeindepolitik (ebd.).

Um etwa auf Gemeindeebene politisch aktiv zu werden, spielt zudem insbesondere in kleineren Gemeinden die Integration in lokalen Vereinen und die Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten eine bedeutende Rolle: So gibt in der aktuellsten Bürger*innenmeisterbefragung knapp die Hälfte der Bürgermeister und ein gutes Viertel der Bürgermeisterinnen an, sich vor der Kandidatur auf diese Weise in der Gemeinde engagiert zu haben (Stainer-Hämmerle et al. 2022).

Aufgrund von Betreuungspflichten und den daraus resultierenden geringeren zeitlichen Ressourcen sind Frauen insgesamt weniger stark in lokale Vereine integriert oder übernehmen dort weniger sichtbare Rollen als Männer. Dies wiederum erschwert den Zugang zur Gemeindepolitik sowie die Möglichkeit, als Kandidatin für das Amt des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin nominiert und schließlich gewählt zu werden (Hofer & Wolfgruber 2000; Pflanzelt & Spies 2019).

Hindernis 2: Hartnäckige Geschlechterstereotype und Sozialisation

Eine zweite zentrale Hürde für (partei-)politische Partizipation von Frauen stellen stereotype Geschlechterrollenbilder dar. Als Stereotype können dabei in einem breiten Sinn allgemeine Erwartungen über Personen bestimmter sozialer Gruppen (Ellemers 2018, S.276) verstanden werden. Der Begriff „Geschlechterstereotype“ verweist darauf, dass an Frauen und Männer unterschiedliche Erwartungen bezüglich ihrer Eigenschaften und/oder Verhaltensweisen gestellt werden. Dies betrifft mehrere Bereiche des Lebens und prägt damit nicht nur Lebens- und Karrierewege von Frauen, sondern wirkt sich in hohem Maße auf Möglichkeiten (partei-)politischer Partizipation aus.

Ein relevanter Bereich ist jener der Berufsorientierung, wo Geschlechtsstereotype stark die späteren Berufswahlentscheidungen beeinflussen. Micus-Loos und Kolleginnen (2016) verweisen etwa darauf, dass „strukturelle Barrieren und Widerstände, wie auch die gesellschaftliche Zuweisung bestimmter Tätigkeitsfelder nach Geschlecht“ (ebd., S. 27) Berufswahlentscheidungen rahmen und eingrenzen. So kann auch bei der Wahl eine politische Karriere zu forcieren, davon ausgegangen werden, dass soziale Rollenerwartungen und Geschlechterstereotype einen Einfluss haben. So verweisen etwa Lorenzini und Bassoli (2015) darauf, dass Frauen mit „traditionelleren“ Werthaltungen seltener politische Karrieren andenken.

Auch die Art der (partei-)politischen Partizipation unterscheidet sich zwischen den Geschlechtern: Während Frauen eher Aktivitäten im Bereich der Freiwilligenarbeit nachgehen, bevorzugen junge Männer Parteipolitik.

Der Zusammenhang zwischen Geschlechtsstereotypen und (partei-)politischer Partizipation wird besonders stark sichtbar, wenn Länder mit egalitäreren Geschlechterrollen (vor allem skandinavische Länder) mit eher konservativeren Ländern verglichen werden. So zeigt sich, dass erstere deutlich höhere Frauenanteile in der Politik aufweisen (Fuchs 2010).

Auch verweisen Studien darauf, dass politische Themen selbst mit Geschlechterstereotypen behaftet sind. So werden die Themenbereiche „Soziales“, „Familie“ etc. eher mit stereotypisch weiblichen Eigenschaften in Verbindung gebracht und damit weiblichen Politikerinnen zugeschrieben (Fuchs 2010). Dies schlägt sich auch in einer – entlang von Stereotypen – unterschiedlichen medialen Darstellung von weiblichen und männliche Politiker*innen nieder: Während Politikerinnen mit „gemeinschaftsorientierten Merkmalen“ (Reinsch 2018, S.55) in Verbindung gebracht werden – wie der Gefühlsbetonung, Abhängigkeit und Nachsicht (ebd. S.55), werden Politiker dagegen als tatkräftig, durchsetzungsstark und abenteuerlustig dargestellt (ebd., S.55).

Außerdem zeigen Studien (Pernegger 2023), dass weibliche Politikerinnen in den (österreichischen) Medien verhältnismäßig weniger vertreten sind und es somit an öffentlicher Sichtbarkeit fehlt. Auch wird über Frauen rhetorisch anders berichtet als über Männer, indem etwa Titel und/oder Amtsbezeichnungen weggelassen oder stereotypisch weiblich konnotierte Aspekte und Themen betont werden (wie z.B. Mütterlichkeit, Aussehen oder Familienleben) (Reinsch 2018 S.61f; auch bei Fuchs 2010, S.550).

Diese geschlechtsspezifischen Zuschreibungen schlagen sich in Vorbehalten gegenüber der Eignung von Frauen für politische Ämter nieder: So geben über 20% der Bürgermeister*innen in der aktuellsten Befragung des Gemeindebundes an, im Wahlkampf mit Vorbehalten aufgrund ihres Geschlechts und Sexismus konfrontiert gewesen zu sein (Stainer-Hämmerle et al. 2022).

Stereotype beeinflussen auch die Sozialisation junger Frauen nachhaltig. So werden Ansichten, Selbstverständnis und Interesse für (partei-)politische Partizipation in der Sozialisation mitgegeben. Dabei sind Eltern die erste zentrale Anlaufstelle für die Jugendlichen, prägen damit das Verhalten und dienen auch als Vorbilder für spätere Berufsentscheidungen (Bergmann et al. 2023). Das Interesse für Politik sowie auch politische Überzeugungen werden somit in zentraler Weise von den Eltern weitergegeben und beeinflussen die Wahrnehmung von Politik (Verba & Nie 1987; Gidengil & Stolle 2012; Pflanzelt & Spies 2019). Eltern können als positive „Role-Models“ dienen, wenn sie selbst politisch aktiv sind: So zeigen Studien, dass politisch aktive bzw. interessierte Eltern einen positiven Einfluss auf das politische Interesse ihrer Kinder haben (Cicogani et al. 2012; Gidengil et al. 2010). Die Studie von Gidengil et al. (2010) zeigt sogar auf, dass politisch aktive Mütter einen größeren Einfluss hatten als politisch aktive Väter.

Abgesehen von den Eltern bzw. Erziehungspersonen sind auch „Peers“, also die Freundesgruppe(n) relevant für die politische Beteiligung (Bergmann et al. 2023) – sowohl in positiver als auch negativer Weise: Einerseits können über Diskussionen in der Freundesgruppe

politische Fähigkeiten geschult werden (Verba & Nie 1987), auch können Freundesgruppen in Form von Netzwerken einen direkten Einstieg in politisches Engagement fördern.

Andererseits kann der Freundeskreis – je nach den vorherrschenden sozialen Normen – die Chance auf politisches Engagement auch mindern (Quintelier 2015), da Jugendliche ihr Verhalten den Normen und Geschlechterrollen der Peer-Group anpassen, um Anerkennung und Zugehörigkeit zu finden (Steuer 2015; Bereswill et al. 2020).

Insgesamt nimmt die Peer Group somit großen Einfluss auf politische Partizipation junger Menschen – teils ist dieser gar noch größer als jener der Eltern bzw. familiärer Bezugspersonen (Quintelier 2015).

Weitere wichtige Orte der Sozialisation sind Bildungsinstitutionen, wie vor allem Schulen und Universitäten: Da diese eine Plattform für das Erlernen und die Auseinandersetzung mit politischem Wissen, politischen Handlungsfeldern und gesellschaftlichen Normen bieten, beeinflussen sie politische Einstellung und Partizipationsbereitschaft in hohem Maße (Quintelier 2015).

Insgesamt lässt sich daraus schlussfolgern, dass Geschlechterrollenbilder in der Familie, in der Peer Group sowie in Bildungsinstitutionen einen maßgeblichen Einfluss auf die (partei-)politische Partizipation junger Frauen haben.

Ausgehend von dem eben skizzierten Forschungsstand stellt sich im Kontext der vorliegenden Studie einerseits die Frage, welche Formen (partei-)politischer Partizipation von jungen Frauen ausgeübt und angestrebt werden, auf welche Hürden sie dabei treffen und an welchen Stellschrauben konkret gedreht werden muss, um die (partei-)politische Partizipation junger Frauen zu fördern. Ausgehend von dem Befund, dass unterschiedliche Formen (partei-)politischer Partizipation sich gegenseitig beeinflussen, werden trotz des Fokus auf parteipolitische Partizipation auch nicht-parteiliche Partizipationsformen in den Blick genommen.

4 Bedeutung von Politik im eigenen Leben und sozialen Umfeld

Die Erkenntnisse aus der Literaturanalyse deuten darauf hin, dass die Familie und Freundesgruppen wichtige Sozialisationsräume darstellen, die einen maßgeblichen Einfluss auf das politische Interesse und Engagement junger Menschen haben – und zwar sowohl positiv als auch negativ. Vor diesem Hintergrund wurde mittels der Erhebungen der Frage nachgegangen, mit welchen Personen aus dem engen sozialen Umfeld sich die jungen Menschen über Politik austauschen und mit welcher Frequenz dies stattfindet. Dabei wurde sowohl in den Workshops als auch in der Auswertung der Online-Befragung schwerpunktmäßig auf die Gruppe der Mädchen und jungen Frauen zwischen 14 und 25 Jahren fokussiert.

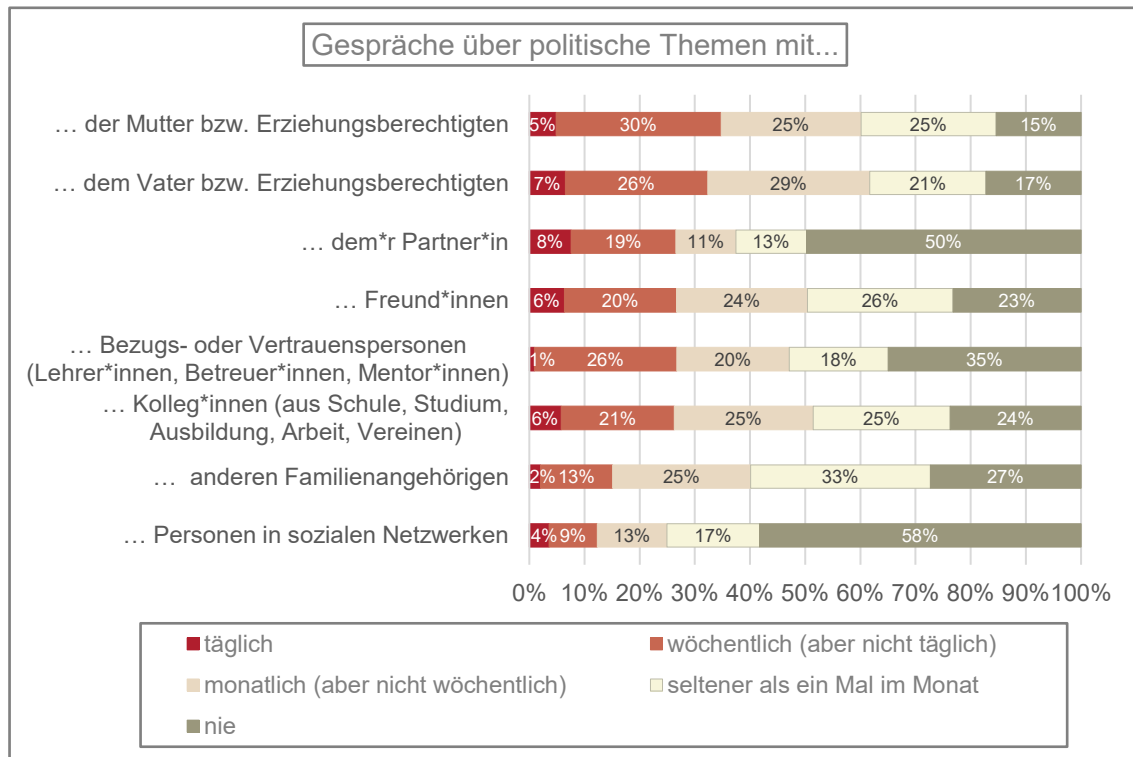
Nachfolgende Abbildung 1 zeigt, dass lediglich ein kleiner Anteil der befragten jungen Frauen täglich über politische Themen spricht. Eher finden solche Gespräche wöchentlich oder monatlich statt. So tauschen sich lediglich 8% der Befragten täglich mit dem Partner bzw. der Partnerin über politische Themen aus und 7% mit dem Vater bzw. dem Erziehungsberechtigten. Allerdings geben 26% der befragten jungen Frauen an, zumindest einmal pro Woche mit ihrem Vater bzw. dem Erziehungsberechtigten über Politik zu reden, sogar 30% mit der Mutter bzw. der Erziehungsberechtigten. Weitere 29% bzw. 25% berichten über monatliche Gespräche mit dem Vater bzw. der Mutter. Auch mit Freund*innen wird von 6% der Befragten täglich über Politik diskutiert, von weiteren 20% bzw. 24% zumindest wöchentlich bzw. monatlich. Weiters geben bedeutsame Anteile zwischen 21% und 26% an, sporadisch – sprich seltener als einmal im Monat – mit diesen Personengruppen über Politik zu reden, während jeweils weniger als ein Viertel angibt, dies nie zu tun. Andere Bezugs- oder Vertrauenspersonen wie Lehrer*innen oder Mentor*innen werden zwar selten täglich auf politische Themen angesprochen, 26% der Befragten tauschen sich aber wöchentlich und weitere 38% zumindest monatlich oder seltener mit ihnen über Politik aus. Ein vergleichsweise geringerer Anteil an jungen Frauen diskutiert über politische Themen mit Personen in sozialen Netzwerken – 58% davon tun dies sogar nie.

Diese Ergebnisse belegen, dass sich der Großteil der befragten jungen Frauen regelmäßig oder zumindest sporadisch an Gesprächen über politische Themen beteiligt und dass diese Gespräche meistens im engen Familien- oder Freundeskreis geführt werden. Im Vergleich zur Gruppe der gleichaltrigen jungen Männer zeigen sich aber deutliche Unterschiede: Signifikant mehr männliche Personen sprechen wöchentlich mit dem Vater bzw. dem Erziehungsberechtigten über politische Themen, und zwar 41%. Auch an täglichen Gesprächen mit Freund*innen und Kolleg*innen über Politik nehmen mit Anteilen von jeweils 16% signifikant mehr junge Männer teil. Betreffend die Diskussion über politische Themen in sozialen Netzwerken konnten keine signifikanten Unterschiede zwischen der Gruppe der jungen Frauen und jene der jungen Männer festgestellt werden.

Auch innerhalb der Zielgruppe der Mädchen und jungen Frauen zwischen 14 und 25 Jahren lassen sich signifikante Unterschiede hinsichtlich des Urbanisierungsgrads und des Alters feststellen: So reden im Vergleich zu jungen Frauen aus dem ländlichen Bereich signifikant mehr in einem städtischen Kontext wohnhafte Mädchen und junge Frauen wöchentlich (25%) oder sogar täglich (12%) mit dem*r Partner*in über politische Themen. Im ländlichen Setting

liegen diese Anteile bei lediglich 14%, die wöchentlich mit dem*r Partner*in über Politik sprechen und 4%, die dies täglich tun. Ebenso trifft dies signifikant öfter auf ältere Frauen zwischen 18 und 25 Jahren zu: 18% davon tauschen sich täglich mit dem*r Partner*in über politische Themen aus, bei den unter 18-Jährigen liegt der Anteil lediglich bei 3%.

Abbildung 1 Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Mit wem und wie oft – wenn überhaupt – sprichst du über politische Themen?



Quelle: L&R Datafile ‚Politische_Partizipation‘, 2023, n zwischen 211 und 351.

In den Workshops mit den jungen Frauen wurde ebenfalls ersichtlich, dass es im Besonderen die Eltern sind – hierbei sowohl Mutter als auch Vater – mit denen über Politik gesprochen wird. Aber auch Geschwister, Freunde und Freundinnen sowie, wenn auch seltener, Partner*innen und Kolleg*innen sind Personen, mit denen politische Themen behandelt werden. So überrascht es wenig, dass als ein zentraler „Ort“ wo Politik besprochen wird, das Zuhause genannt wird.

Somit zeigt sich, dass sowohl alltägliche Unterhaltungen von politischen Themen durchzogen sind, aber auch, dass die Familie und der private Raum eine zentrale Rolle bei der politischen Sozialisation einnehmen.

Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen der Online-Befragung auch untersucht, wie sehr sich die Personen aus dem engen sozialen Umfeld in ihren politischen Ansichten unterscheiden. 35% der befragten jungen Frauen schätzen ihre nahen Familienangehörigen und Freund*innen, was ihre politischen Ansichten betrifft, als eher ähnlich ein, während lediglich 13% eher deutliche Unterschiede erkennen und die verbleibenden 52% keine eindeutige Zuordnung vornehmen. Diese Erkenntnisse deuten darauf hin, dass es für junge Frauen bereichernd sein kann, sich mit Personen mit ähnlichen ebenso wie mit unterschiedlichen

politischen Ansichten zu unterhalten, und dies wird auch durch die Workshopergebnisse untermauert.

Hervorzuheben sind diesbezüglich Auffassungen, die im ersten Workshop mit jungen Frauen, die bereits ein gefestigteres politisches Interesse aufweisen, eingebracht wurden. Sie sehen gerade auch Diskussionen und Gespräche mit Personen anregend, die unterschiedliche Auffassungen als sie selbst haben, als sehr fruchtbar. Diese fordern einen heraus, die persönlichen Argumente gut überlegt zu formulieren, die Rhetorik zu schärfen, aber auch, den eigenen Standpunkt kritisch zu hinterfragen. Wie auch an späterer Stelle nochmals sichtbar wird, ist somit gerade die Möglichkeit eines Austausches eine Grundvoraussetzung dafür, dass politisches Interesse überhaupt geweckt werden kann und politische Meinungen reflektiert sowie notwendige „Skills“ (Argumentieren, Debattieren etc.) gestärkt werden. Jedoch – und auch darauf soll später im Konkreten eingegangen werden – ist es wichtig, dass dieser Austausch auf „Augenhöhe“ stattfindet. Denn gerade im institutionellen Kontext und in Verbindung mit hierarchischen Settings (Lehrer*in-Schüler*in-Beziehung) berichten die Jugendlichen von negativen Erfahrungen, die vor allem damit zusammenhängen, dass ihnen kein Verständnis gezeigt wird, sie sich nicht ernst genommen fühlen und ihre Ansichten als irrelevant oder „naiv“ abgetan werden. Anders gestaltet sich dies im privaten aber auch institutionellen Setting, wenn die Debattier-Partner*innen sich als gleichgestellt wahrnehmen. In diesem Fall werden unterschiedliche Meinungen und Ansichten, d.h. auch das „Denken außerhalb der Bubble“ meist als positiv wahrgenommen, sofern die Beteiligten auch Bereitschaft zeigen, die eigene Haltung zu reflektieren.

Ausgehend von den bisher beschriebenen Erkenntnissen lässt sich bereits ableiten, dass gerade ein nicht-hierarchischer Austausch eine notwendige Voraussetzung für das Ausbilden politischer Interessen und Fähigkeiten darstellt. Auch wenn die Familie hier eine wichtige Rolle einnimmt, so gilt es doch, den Stellenwert institutioneller Einbindungen nicht zu vernachlässigen. Gerade auch aus dem einfachen Grund, dass hier weitaus mehr Möglichkeiten bestehen, gegebene Strukturen zu beeinflussen und Angebote zu schaffen. Diese können sehr vielfältig sein und sollten jeweils der Zielgruppe entsprechend ausgestaltet werden. So sind Studierende aus sozialwissenschaftlichen Fächern bereits geschult im Umgang mit sozial-politischen Themen als junge Frauen nach Beendigung der Pflichtschule. Übergreifend über alle Zielgruppen junger Frauen (oder junger Menschen im Allgemeinen) gilt, dass es Räume des Austausches braucht, die ihnen zur Verfügung gestellt werden. Denn – so eine zentrale Erkenntnis aus den Workshops – oft fehlt es einfach an Berührungspunkten. Neben dem institutionellen Angebot in der Schule, worauf noch genauer eingegangen werden soll, sind hier insbesondere Räume gemeint, in denen sich junge Menschen in ihrer Freizeit aufhalten (bspw. Jugendtreffs, Jugendräume, Vereine etc.). Die Verbindung von zielgruppenrelevanten Themen mit politischen Debatten sowie die Förderung des Demokratieverständnisses und der Partizipationsbereitschaft durch aktive Einbindung und die Möglichkeit der Mitgestaltung im „Kleinen“ (z.B. in der Raum- oder Programmgestaltung) werden von der Zielgruppe selbst als wichtig und fruchtbar angesehen.

5 Politisches Interesse und Informiertheit

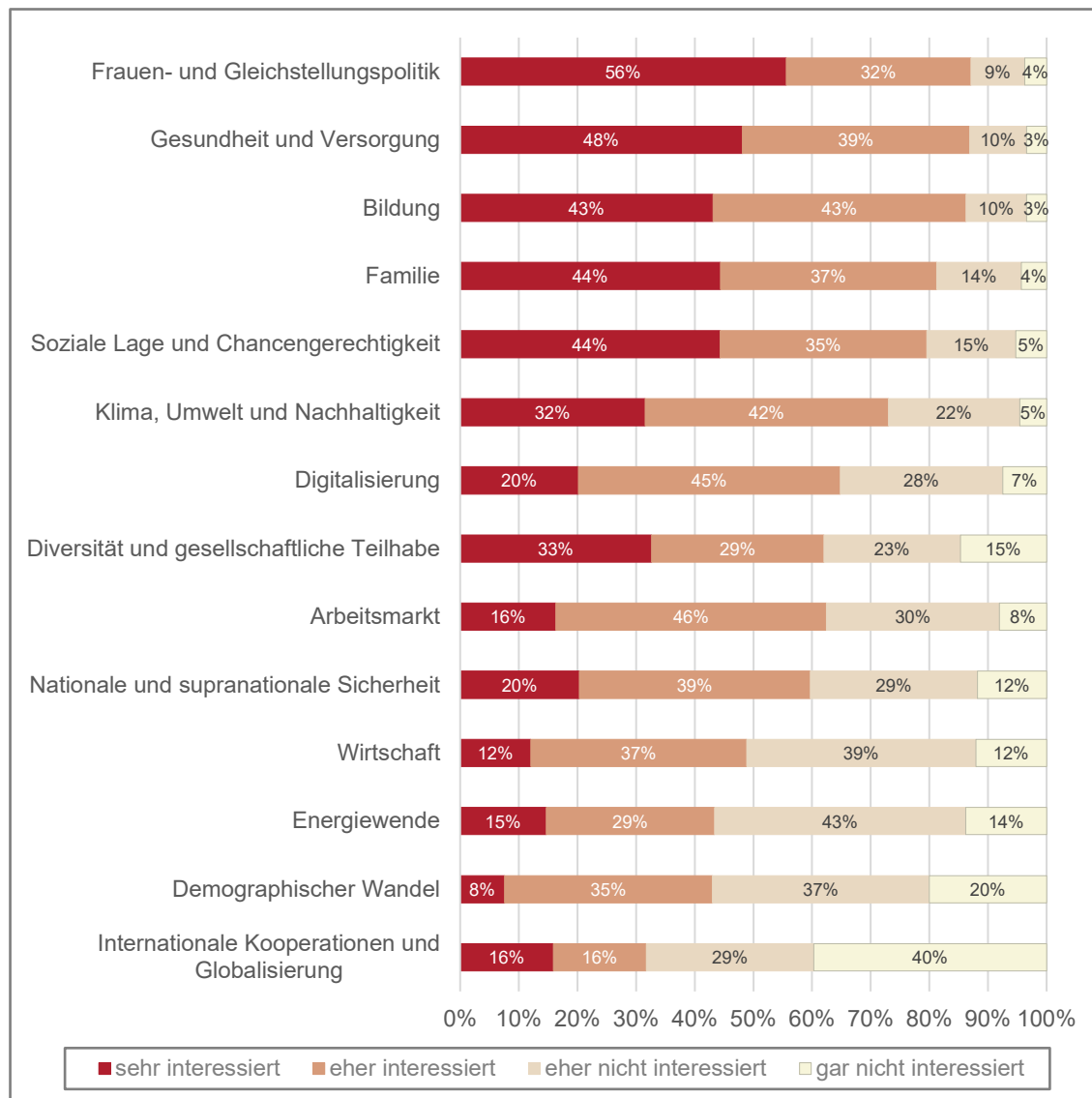
Was bedeutet eigentlich Politik und was sind „politische Themen“? Diese Frage stand u.a. im Fokus der Workshops mit den jungen Frauen. Dabei zeigt sich eines sehr deutlich: Die jungen Frauen – insbesondere jene ohne bisherige politische Erfahrungen – sind sich häufig nicht sicher, was konkret darunter zu verstehen ist sowie welche Themen politisch sind und welche nicht. Nach zögerlichen Anfangsnennungen wurde klar, dass die persönlichen Themen, die sie beschäftigen, große gesellschaftspolitische Problemlagen umfassen – und allesamt haben sie mit Politik zu tun. So ist Politik für die jungen Frauen sowohl abstrakt als auch konkret. Ihnen fehlt eine Vorstellung davon, was alles politisch ist und gleichzeitig bringen sie konkrete Erfahrungen und Themen ein, die ihnen in gesellschaftspolitischen Debatten von Relevanz erscheinen.

Mittels der Online-Umfrage wurde das Interesse junger Menschen für zentrale gesellschaftspolitische Themen strukturiert abgefragt. Nachfolgende Abbildung 2 stellt die Antworten der Mädchen und jungen Frauen aus der Zielgruppe der Studie dar. So ist es ersichtlich, dass junge Frauen sich besonders stark für Frauen- und Gleichstellungspolitik, für Gesundheits- und Bildungsthemen sowie für Familienpolitik und für Themen bezogen auf die soziale Lage und Chancengerechtigkeit interessieren – dies trifft auf jeweils über 80% der Befragten (eher) zu.

Die Familienpolitik scheint allerdings für signifikant mehr Mädchen und jungen Frauen aus einem städtischen Setting eher nicht von Interesse zu sein (22%) im Vergleich zu jungen Frauen aus dem ländlichen Setting (9%). Weitere signifikante Unterschiede nach Urbanisierungsgrad innerhalb der Zielgruppe der Mädchen und jungen Frauen zwischen 14 und 25 Jahren lassen sich hinsichtlich des Interesses an Themen bezogen auf Diversität und gesellschaftliche Teilhabe erkennen: So sind 43% der in Städten wohnhaften jungen Frauen und lediglich 24% jener aus dem ländlichen Kontext sehr daran interessiert. Differenziert nach Alter ist ersichtlich, dass signifikant mehr Frauen zwischen 18 und 25 Jahren (26%) sehr stark an arbeitsmarktbezogenen Themen interessiert sind, während bei den Frauen zwischen 14 und 17 Jahren dieser Anteil bei lediglich 13% liegt.

In manchen dieser Themenbereiche lassen sich auch signifikante Unterschiede im Vergleich zur Gruppe der gleichaltrigen jungen Männer feststellen: So zeigen signifikant mehr junge Frauen als Männer starkes Interesse an Themen im Zusammenhang mit Frauen- und Gleichstellungspolitik (56% Frauen zu 15% Männer), sozialer Lage und Chancengerechtigkeit (44% zu 20%) sowie Bildung (43% zu 26%). Vergleichsweise geringeres Interesse ist bei den jungen Frauen für Themen im Zusammenhang mit internationalen Kooperationen und Globalisierung, dem demographischen Wandel und der Wirtschaft vorhanden – hier gibt jeweils weniger als die Hälfte der Befragten an, (eher) stark daran interessiert zu sein. Gleichzeitig sind signifikant mehr junge Männer sehr stark an Wirtschaftsthemen (40% Männer zu 12% Frauen), an internationalen Kooperationen (26% zu 12%) sowie am demographischen Wandel (17% zu 8%) interessiert.

Abbildung 2 Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Persönliches Interesse an gesellschaftspolitischen Themen



Quelle: L&R Datafile ‚Politische_Partizipation‘, 2023, n zwischen 330 und 351

Ähnlich wie in der Befragung waren die Themen Gleichstellung, Chancengleichheit und Menschenrechte zentral für die jungen Frauen, die an den Workshops teilgenommen haben. Herausforderungen, denen sie sich selbst ausgeliefert sehen, sind Rassismus, Sexismus, Homophobie und Frauenfeindlichkeit. Aber auch sehr akute und aktuelle Krisensituationen wie die Teuerung wurden während der Workshops angesprochen.

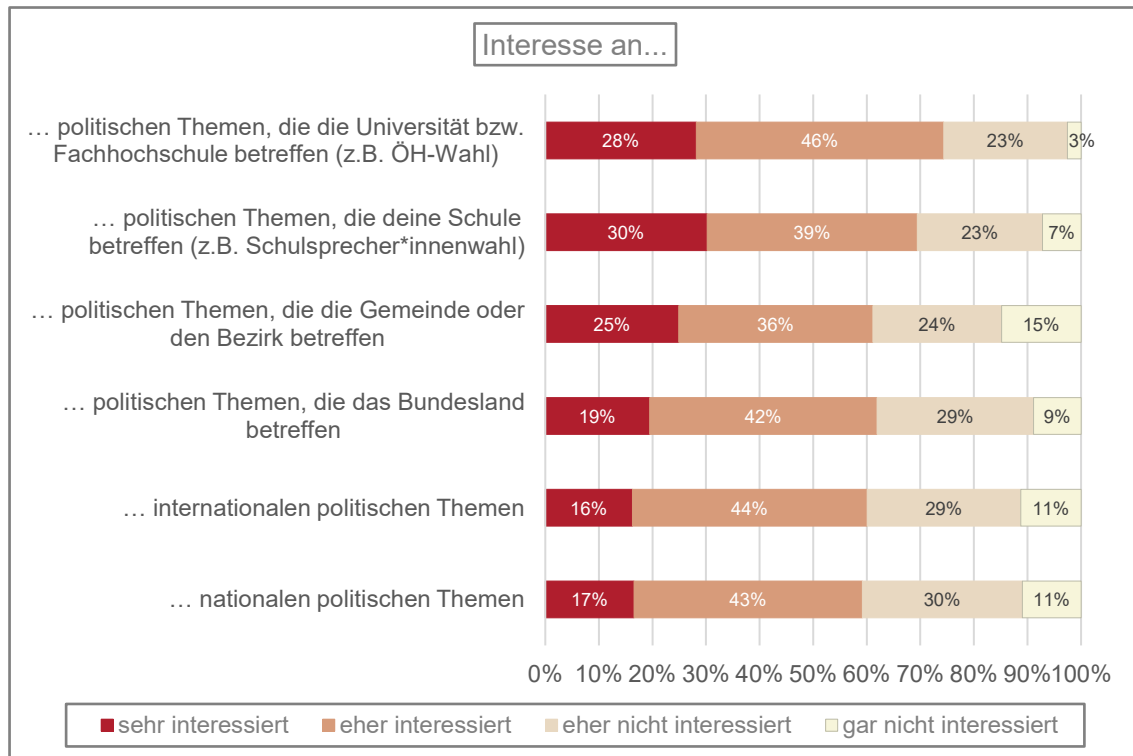
In weiterer Folge wurde mittels der Befragung auch untersucht, wie gut informiert sich die jungen Frauen über die Themenbereiche, die sie besonders interessieren, fühlen. Auf den ersten Blick lässt sich beobachten, dass die Informiertheit generell etwas schlechter bewertet wird, diese aber für die zentralen Themen immer noch auf hohem Niveau bleibt. Während knapp 90% der befragten jungen Frauen (eher) Interesse für die Themenfelder Frauen- und Gleichstellungspolitik sowie Gesundheit und Versorgung angaben, fühlen sich lediglich 75% bzw. 67% (eher) gut darüber informiert. Auch ihre Informiertheit über Familienpolitik und den

Themenbereich Soziale Lage und Chancengerechtigkeit, die ebenfalls von großem Interesse für die befragten jungen Frauen sind, liegt mit Anteilen von 70% bzw. 59% vergleichsweise niedrig. Ausnahmen stellen allerdings die Themenbereiche Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit sowie Bildung dar: Ihre Informationslage wird von 83% bzw. 81% der befragten jungen Frauen als (eher) gut bewertet. Vergleichsweise weniger Wissen liegt in den Themenbereichen Energiewende sowie nationale und supranationale Sicherheit vor: Über die Hälfte der befragten jungen Frauen fühlt sich eher schlecht informiert über diese Themen, was im Vergleich zu den gleichaltrigen jungen Männern, die dies lediglich zu 26% bzw. 21% behaupten, einen signifikanten Unterschied darstellt. Hinsichtlich dieser Themenbereiche lassen sich keine signifikanten Unterschiede nach Wohnort oder Alter innerhalb der Zielgruppe der Mädchen und jungen Frauen zwischen 14 und 25 Jahren beobachten. Weiters fühlen sich signifikant mehr junge Männer sehr gut über wirtschaftlichen Themen informiert (28% Männer zu 12% Frauen). Bei Betrachtung der Gruppe der Frauen im Detail stellt sich zusätzlich heraus, dass sich signifikant mehr junge Frauen zwischen 18 und 25 Jahren sehr schlecht darüber informiert fühlen (10% der über 18-Jährigen zu 1% der unter 18-Jährigen).

Das Interesse junger Menschen für Politik wird nicht nur anhand von gesellschaftspolitischen Themen bestimmt, sondern auch in Bezug auf die verschiedenen Ebenen der politischen Auseinandersetzung. Auch hinsichtlich der Politikebenen zeigen die befragten Mädchen und jungen Frauen relativ hohes Interesse: Jeweils ca. 60% interessieren sich sowohl für internationale oder nationale politische Themen, als auch für politische Themen, die die Landes- oder Gemeindeebene betreffen. Signifikant mehr junge Männer zeigen sehr starkes Interesse für internationale (35% Männer zu 16% Frauen) sowie nationale (31% zu 17%) politische Themen. Auch innerhalb der Gruppe der befragten jungen Frauen lassen sich signifikante Unterschiede nach Urbanisierungsgrad und Alter feststellen: So sind signifikant mehr Frauen zwischen 18 und 25 Jahren (26%) als Frauen unter 18 Jahren (13%) sehr stark an nationalen politischen Themen interessiert. Weiters interessieren sich signifikant mehr junge Frauen aus dem ländlichen Kontext (35%) im Vergleich zu jenen, die in Städten wohnen (13%), sehr stark für politische Themen, die die Gemeinde oder den Bezirk betreffen.

Die befragten jungen Frauen interessieren sich zu hohen Anteilen insbesondere für politische Themen, die im Fall von Studentinnen die Universität bzw. Fachhochschule und im Fall von Schülerinnen die eigene Schule betreffen – dies trifft auf 74% bzw. 69% der Befragten (eher) zu. Aufgrund der geringen Anzahl an Studentinnen, die an der Befragung teilgenommen haben, ist das Interesse an politischen Themen, die die Universität bzw. Fachhochschule betreffen, nur begrenzt aussagekräftig und somit mit Vorsicht zu interpretieren. Auch das Testen nach signifikanten Unterschieden ist aufgrund der geringen Fallzahl nicht möglich. Die Ergebnisse deuten aber dennoch auf die Tendenz hin, dass das persönliche Interesse der jungen Frauen an den unterschiedlichen Politikebenen mit zunehmender Nähe dieser Ebenen an ihrer Lebensrealität steigt. Folglich, je unmittelbarer die Betroffenheit der jungen Frauen durch eine Politikebene ist, desto höher ist auch ihr Interesse für diese Ebene.

Abbildung 3 Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Persönliches Interesse an Politikebenen



Quelle: L&R Datafile ‚Politische_Partizipation‘, 2023, n zwischen 39 und 339

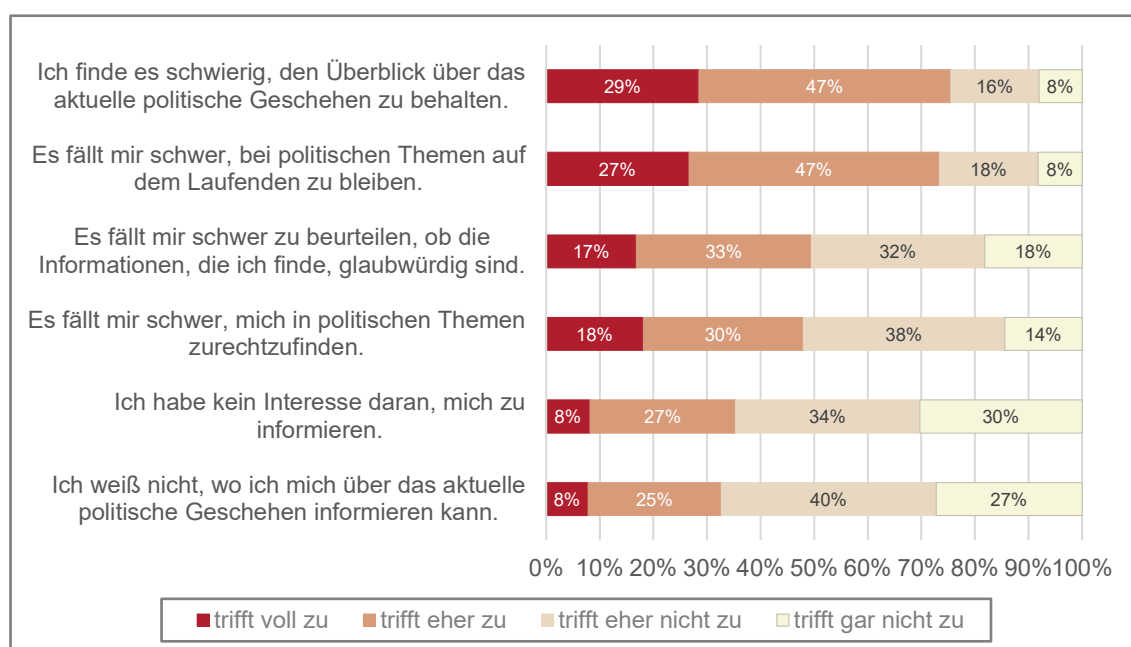
Auch im Zusammenhang mit den verschiedenen Politikebenen wurden die befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen nach ihrer Informiertheit gefragt. Die Mädchen und jungen Frauen fühlen sich insbesondere über politische Themen, die die eigene Schule betreffen (86%), sowie über Themen der Gemeindepolitik (70%) (eher) gut informiert. Weniger Frauen schätzen ihre Informiertheit über internationale politische Themen (60%) oder über Themen, die das Bundesland betreffen (64%), als (eher) gut ein. Es lässt sich also folgern, dass junge Frauen sich über die Politikebenen, die sie stärker interessieren, auch besser informiert fühlen. Obwohl signifikant mehr jungen Männer als Frauen starkes Interesse für nationale und internationale politische Themen zeigten, lassen sich hinsichtlich ihrer Informiertheit über die verschiedenen Politikebenen keine signifikanten Unterschiede erkennen. Auch innerhalb der Gruppe der jungen Frauen zwischen 14 und 25 Jahren lassen sich keine signifikanten Unterschiede nach Urbanisierungsgrad oder Alter hinsichtlich ihrer Informiertheit beobachten.

Jene jungen Menschen, die sich (eher) schlecht informiert fühlen über politische Themen, die sie interessieren, wurden auch zu den Gründen dafür befragt. Schwierigkeiten den Überblick über das aktuelle politische Geschehen zu behalten sowie bei politischen Themen auf dem Laufenden zu bleiben, stellen bei den befragten Mädchen und jungen Frauen die Hauptgründe für eine schlechte Informiertheit dar – dies trifft auf 76% bzw. 74% der Befragten (eher zu). Junge Frauen sind auch signifikant öfter als gleichaltrige junge Männer davon betroffen: Während 29% der jungen Frauen voll zustimmen, sich schwer zu tun, einen Überblick zu behalten, trifft dies auf lediglich 12% der jungen Männer zu. Auch auf dem Laufenden zu bleiben stellt eine Herausforderung für 27% der jungen Frauen und lediglich für 9% der jungen Männer, die dieser Aussage voll zustimmen, dar. Weiters gibt knapp die Hälfte der befragten

jungen Frauen an, schwer beurteilen zu können, ob die gefundenen Informationen glaubwürdig sind. Dies stellt für die befragten jungen Männer gleichermaßen eine Herausforderung dar, da sich in dieser Hinsicht keine signifikanten Unterschiede zeigen. Es fällt allerdings signifikant mehr jungen Frauen schwer, sich in politischen Themen zurechtzufinden – dieser Aussage stimmen 18% der jungen Frauen und nur 6% der jungen Männer voll zu. Bei Betrachtung der Gruppe der jungen Frauen im Detail zeigt sich, dass dies auf signifikant mehr Frauen aus dem ländlichen Bereich (55% zu 39% der Frauen aus dem städtischen Bereich) (eher) zutrifft, ebenso wie auf signifikant mehr unter 18-Jährigen (53% zu 33% der über 18-Jährigen). Seltener liegt die schlechte Informiertheit an fehlendem Wissen woher junge Frauen Informationen über das aktuelle politische Geschehen beziehen können oder an mangelndem Interesse – lediglich 33% bzw. 31% stimmen dem (eher) zu. Auch hier lassen sich keine signifikanten Unterschiede zur Gruppe der befragten jungen Männer erkennen, aber sehr wohl innerhalb der Gruppe der jungen Frauen hinsichtlich des Wohnorts und des Alters. So haben signifikant mehr der in einem ländlichen Setting wohnhaften junge Frauen (eher) kein Interesse, sich über Politik zu informieren (41% zu 27% der jungen Frauen aus Städten). Auch signifikant mehr Frauen bis 18 Jahren interessieren sich (eher) nicht dafür, sich über das politische Geschehen zu informieren (39% zu 27% der Frauen ab 18 Jahren).

Die befragten Mädchen und jungen Frauen haben auch zusätzliche Gründe genannt, die für den schlechten Informationsstand eine Rolle spielen. So werden politische Entwicklungen oft negativ wahrgenommen, was als emotional belastend und sogar frustrierend empfunden wird. Auch der Zeitmangel trägt dazu bei, dass neben der Schule, dem Studium oder der Arbeit zu wenig Ressourcen übrigbleiben, um eine intensive Auseinandersetzung zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund wird auch der Wunsch geäußert, dass aktuelle politische Themen in der Schule stärker eingebracht werden (Online-Befragung junger Menschen 2023, offene Antwortmöglichkeiten).

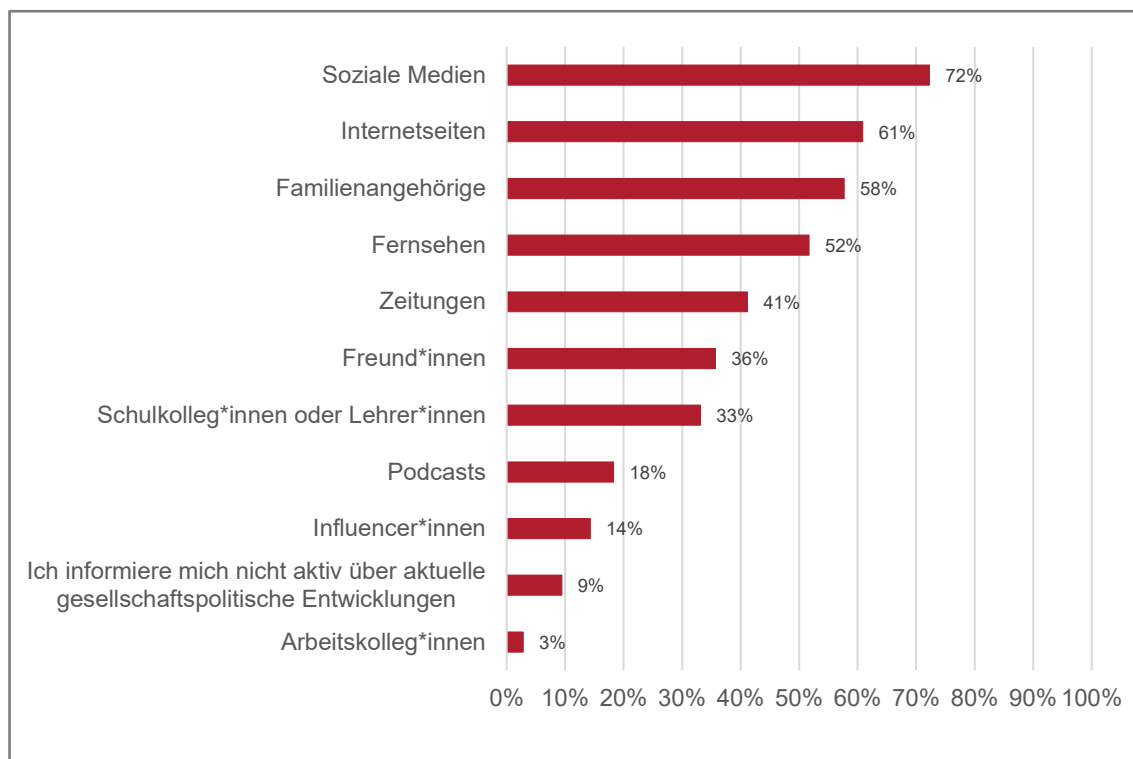
Abbildung 4 Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Gründe für schlechte Informiertheit



Quelle: L&R Datafile ‚Politische Partizipation‘, 2023, n zwischen 293 und 298

Wenn sich Mädchen und junge Frauen aus Eigeninitiative über gesellschaftspolitische Entwicklungen informieren möchten, beziehen sie diese Informationen hauptsächlich über soziale Medien (72%) und verschiedene Internetseiten (61%), aber auch Familienangehörige stellen für über die Hälfte der Befragten eine wichtige Informationsquelle dar. Deutlich seltener erhalten junge Frauen Informationen von ihren Freund*innen (36%), Schulkolleg*innen oder Lehrer*innen (33%). Zu den beliebtesten Social-Media-Kanälen, die von den jungen Frauen verwendet werden, um sich über das politische Geschehen zu informieren, zählen Instagram (89%) und TikTok (54%). Vergleichsweise weniger Frauen greifen dafür auf YouTube (28%), Facebook (12%) oder Twitter (10%) zurück. Erfolgt der Informationsbezug über verschiedene Internetseiten, sind diese in der Regel Nachrichtenseiten wie z.B. ORF (82%) oder Webseiten von Online-Zeitungen (72%). Deutlich seltener werden Webseiten von Ministerien (19%), von politischen Parteien (10%) oder von Initiativen (14%) für den Informationsbezug genutzt.

Abbildung 5 Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Verwendete Informationsquellen (Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: L&R Datafile ‚Politische_Partizipation‘, 2023, n=350

Weiters wurden die Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch befragt, wie oft sie sich aktiv über politische Themen informieren. 76% der befragten jungen Frauen setzen sich zumindest monatlich aktiv mit politischen Themen auseinander, weitere 16% seltener als einmal im Monat und lediglich 8% der Befragten geben an, sich nie aktiv über politische Themen zu informieren. Auch in dieser Hinsicht lassen sich aber signifikante Unterschiede zwischen den jungen Frauen und jungen Männern beobachten, und zwar bei der täglichen Auseinandersetzung mit politischen Themen: So informieren sich 28% der befragten jungen Männer jeden Tag aktiv über politische Themen, bei den jungen Frauen liegt dieser Anteil bei lediglich 16%.

Das große Interesse für politische Themen sowie der generell gute Informationsstand über das aktuelle politische Geschehen stellen günstige Rahmenbedingungen für ein hohes Maß an (partei-)politischem Engagement unter Mädchen und jungen Frauen dar. Inwiefern diese Erwartung in der Praxis tatsächlich auch erfüllt wird, wird in nachfolgendem Kapitel 6 näher untersucht.

6 Politische Fähigkeiten und Selbsteinschätzung

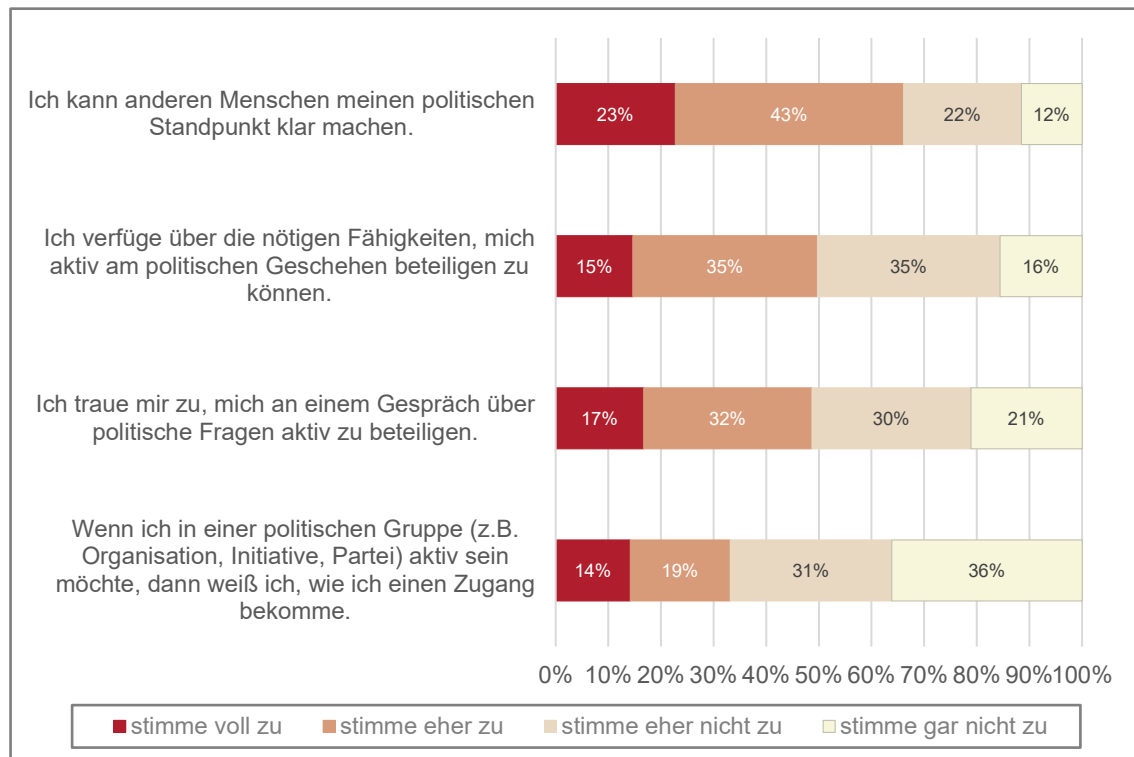
(Partei-)politische Partizipation im allgemeinen und weitgefassten Sinne bedeutete für die Workshopteilnehmerinnen vor allem eines: Für sich selbst und andere einstehen, als notwendig erachtete Veränderungen vorantreiben, die Gesellschaft mitgestalten und *besser* machen. Dies verweist darauf, dass Politik und (partei-)politische Partizipation kaum unabhängig von den eigenen Wertehaltungen und Themen – wie in Kapitel 5 bereits beschrieben – gedacht werden kann. Auch die Ergebnisse der Online-Befragung bestätigen dies, indem sie die Auffassung der befragten jungen Frauen über die Bedeutung des (partei-)politischen Engagements darlegen: Über drei Viertel der jungen Frauen vertreten die Meinung, dass eine stärkere (partei-)politische Beteiligung dazu beitragen kann, dass politische Entscheidungen in ihrem Interesse getroffen werden. Dies bekräftigt die Erkenntnisse aus den Workshops, dass junge Frauen sich für die Mitgestaltung der Gesellschaft mitverantwortlich fühlen und dass sie in der (partei-)politischen Partizipation eine Möglichkeit sehen, die eigene Vision zu verwirklichen.

Doch in diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie Jugendliche und junge Erwachsene dazu befähigt werden können, sich (partei-)politisch aktiv einzubringen? Welche gestaltbaren Faktoren bedarf es, um ihnen das Engagement zu ermöglichen? In den Workshops zeigte sich, dass die jungen Frauen politische Herausforderungen lösen würden, in dem sie in einer relativ „frühen Phase“ ansetzen würden – beim Ausbilden eines Interesses überhaupt. So sehen sie vor allem Bildung als einen wesentlichen Einflussfaktor, um (partei-)politische Partizipation zu stärken und gesellschaftspolitische Problemlagen zu beeinflussen. Dies kann allerdings auch als erlebte fehlende Handlungsmacht gedeutet werden. So verweisen sie vor allem auf Lösungswege, die außerhalb ihres Möglichkeitsspielraums liegen (wie bspw. das Bildungssystem zu ändern). Alleine die Punkte, man müsse starke Argumente haben und man könnte Demonstrationen veranstalten, zeigen, dass sie sich selbst als politisch handlungsfähige Subjekte begreifen.

Wie auch die Erkenntnisse aus der Fachliteratur zeigen, ist eine wichtige Voraussetzung für (partei-)politisches Engagement allerdings das Vorhandensein von grundlegenden politischen Kompetenzen. Aber auch das Zutrauen, diese Fähigkeiten aktiv einzusetzen, stellt ebenfalls einen bestimmenden Faktor für (partei-)politisches Engagement dar. Wie aus nachfolgender Abbildung 6 hervorgeht, bewerten die befragten jungen Frauen ihre Fähigkeit, anderen Menschen den eigenen politischen Standpunkt klar zu machen, am besten – dieser Aussage stimmen drei Viertel der befragten jungen Frauen (eher) zu. Auch ihre Fähigkeiten, sich an Gesprächen über politische Fragen sowie am politischen Geschehen aktiv beteiligen zu können, schätzt jeweils ca. die Hälfte der befragten jungen Frauen (eher) positiv ein. Differenziert nach Wohnort zeigt sich, dass signifikant mehr der in Städten wohnhaften jungen Frauen sich trauen, aktiv an Gesprächen über Politik teilzunehmen im Vergleich zu jungen Frauen aus dem ländlichen Bereich: Ein Viertel der jungen Frauen aus dem städtischen und lediglich 10% jener aus dem ländlichen Setting stimmen dieser Aussage voll zu. Dennoch zeigen die befragten jungen Männer mehr Selbstbewusstsein in dieser Hinsicht: So stimmen signifikant mehr junge Männer den Aussagen voll zu, über die notwendigen Fähigkeiten zu verfügen, um ihren politischen Standpunkt klar zu machen (36% Männer zu 23% Frauen) sowie um sich aktiv an politischen Gesprächen (35% zu 17%) und am politischen Geschehen (27% zu 15%) beteiligen zu können. Viel mehr mangelt es an geeigneten Zugängen zu

(partei-)politischem Engagement: Lediglich ein Drittel der befragten jungen Frauen verfügt (eher) über das notwendige Wissen, um bei Interesse (partei-)politisch aktiv zu werden und einer politischen Gruppe auch beitreten zu können. Darüber hinaus besitzen signifikant weniger im ländlichen Bereich wohnhaften jungen Frauen dieses Wissen (10% im Vergleich zu 25% der jungen Frauen aus dem städtischen Setting), ebenso wie signifikant weniger junge Frauen bis 18 Jahren (10% zu 26% der Frauen ab 18 Jahren).

Abbildung 6 Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Selbsteinschätzung der politischen Kompetenzen



Quelle: L&R Datafile ‚Politische_Partizipation‘, 2023, n zwischen 332 und 341

Bei der Vermittlung politischer Kompetenzen sowie um Austausch zu ermöglichen, wurde in den Workshops viel über die Schule diskutiert. Dabei können die damit verbundenen Erfahrungen zusammenfassend als „durchwachsen“ beschrieben werden. So berichteten die Workshopteilnehmerinnen zum einen von positiven Einflüssen, die wiederum mit einem möglichen politischen Austausch zusammenhängen. Als wertvoll wahrgenommen wurden Workshops oder Unterrichtseinheiten (auch durch externe Personen), Debattierübungen im Unterricht und die Teilnahme an Demonstrationen (wie Fridays for Future) mit der Schule oder Klasse gemeinsam. Dabei wurde ersichtlich, dass die Möglichkeiten, welche den Schüler*innen geboten werden, sowohl von der Schule bzw. dem Schultyp aber auch teils von konkreten, engagierten Lehrpersonen abhängen.

Zum anderen wurde von negativen Erlebnissen im schulischen Kontext berichtet. Diese betreffen weniger die fehlenden Auseinandersetzungen mit Politik als vielmehr die erlebte Verletzung der eigenen politischen Werte, die hierarchische Unterordnung unter die Autorität von Lehrpersonen und in Folge dessen fehlende Handlungsmacht. In allen drei Workshops

betreffen diese Themen vor allem frauenfeindliche, homophobe und anti-feministische Haltungen der Lehrer*innen.

Die Diskussionen im Rahmen der Workshops verdeutlichten, dass Jugendliche gerade im schulischen Kontext teilweise sehr viel aufwenden, wenn sie für ihre Meinungen einstehen. Ein durch Vorurteile und diskriminierende Haltungen geprägtes Setting hindert die Jugendlichen somit daran, sich selbst als handlungsmächtig zu begreifen. Darüber hinaus, gepaart mit Sexismus und Frauenfeindlichkeit, werden insbesondere junge Frauen entmutigt, sich durchzusetzen und dafür einzustehen, ernst genommen zu werden. Um diese Hindernisse zu überwinden ist es daher von besonderer Bedeutung, entsprechende Räume für einen vertrauten und vorurteilsfreien Austausch über politische Themen unabhängig von der persönlichen Auffassung der Mitdiskutierenden zu schaffen. Das Gefühl gehört zu werden, verleiht den jungen Frauen Sicherheit und Zuversicht, ihre Erwartungen und Ideen auch umsetzen zu können und kann als Anreiz dienen, selbst tätig zu werden und sich (partei-)politisch zu engagieren.

7 (Partei-)politische Partizipation

Welche konkreten Möglichkeiten stehen aber Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur Verfügung, um sich (partei-)politisch einzubringen? Politik ist ein sehr breit gefasster Begriff und auch das politische Engagement kann unterschiedlichste Formen annehmen – von punktuell gesellschaftspolitischem Engagement im weitesten Sinne (bzw. durch Teilnahme an Demonstrationen), über organisiertes politisches Engagement in außerparteilichen Organisationen oder in politischen Parteien, bis zur direkten Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen, etwa durch die Ausübung des Wahlrechts. Auf diese verschiedenen Beteiligungsformen wird in weiterer Folge näher eingegangen, um die persönlichen Erfahrungen der befragten jungen Frauen abzubilden.

Die Ergebnisse der Online-Befragung zeigen, dass über die Hälfte der befragten Mädchen und jungen Frauen noch gar keine persönlichen Erfahrungen mit gesellschaftspolitischem Engagement im weitesten Sinne gemacht hat. Vor dem Hintergrund, dass die befragten Frauen tendenziell sehr jung sind, ist diese Erkenntnis wenig überraschend. Gleichzeitig deutet sie aber auch auf ein großes, noch nicht ausgereiztes Potenzial hin, um Politik jungen Frauen näherzubringen. Viele Mädchen und junge Frauen hatten noch gar keine Berührungspunkte mit gesellschaftspolitischem und folglich auch nicht mit parteipolitischem Engagement, es braucht also gezielte Strategien, um diese Frauen zu erreichen, sie für Politik zu sensibilisieren und zu aktivieren. Die Befragten, die sich bereits gesellschaftspolitisch engagiert haben, taten dies hauptsächlich durch Teilnahmen an Demonstrationen (30%), an Bürger*inneninitiativen und Petitionen (26%) oder an öffentlichen Diskussionen zu politisch relevanten Themen (14%). Vergleichsweise wenige Mädchen und junge Frauen sammelten erste politische Erfahrungen im Rahmen von politischen Projekten in ihrer Gemeinde (8%) oder durch die Aktivität in einer Bewegung wie bspw. die Klimaproteste (5%).

Im Vergleich zur Gruppe der gleichaltrigen jungen Männer lässt sich feststellen, dass signifikant mehr junge Frauen an Demonstrationen teilgenommen haben (29% Frauen zu 18% Männern). Auch innerhalb der Gruppe der jungen Frauen zeigen sich signifikante Unterschiede: So beteiligen sich deutlich mehr der in städtischen Regionen wohnhaften jungen Frauen (45%) als junge Frauen aus dem ländlichen Setting (17%) an Demonstrationen. Auch über 18-Jährige sind mit 43% signifikant überrepräsentiert hinsichtlich ihrer Teilnahme an Demonstrationen im Vergleich zu jungen Frauen unter 18 Jahre (24%).

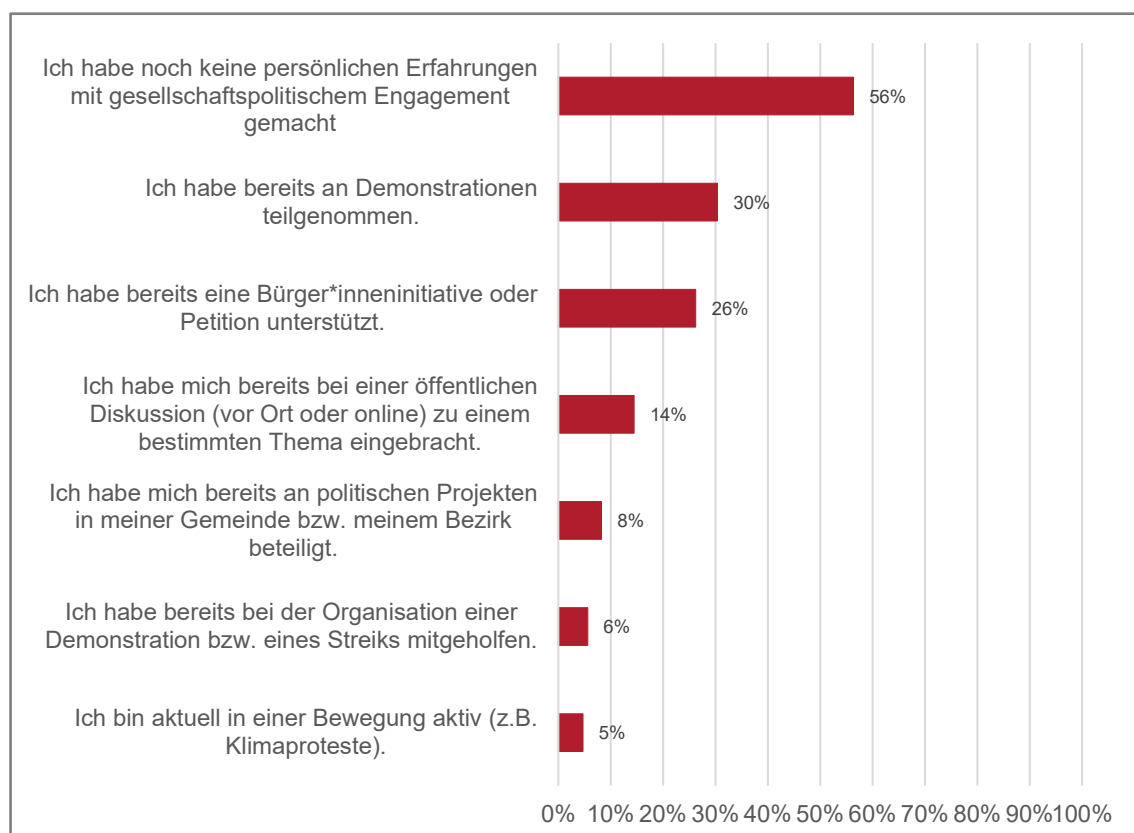
Hinsichtlich der Beteiligung an politischen Projekten in der eigenen Gemeinde bzw. dem eigenen Bezirk lassen sich innerhalb der Zielgruppe ebenfalls signifikante Unterschiede nach Alter feststellen: So geben 15% der jungen Frauen zwischen 18 und 25 Jahren und lediglich 5% jener zwischen 14 und 17 Jahren an, bereits an solchen Projekten teilgenommen zu haben. Im Vergleich zur Gruppe der gleichaltrigen jungen Männer ergibt sich ein ähnliches Bild: Mit einem Anteil von 16% haben signifikant mehr junge Männer Erfahrungen mit politischen Projekten auf Gemeinde- bzw. Bezirksebene gemacht (zu 8% der jungen Frauen).

Auch mit der Unterstützung von Bürger*inneninitiativen oder Petitionen haben signifikant mehr Frauen ab 18 Jahre aus dem städtischen Setting bereits Erfahrungen gemacht: Während dies auf 33% der in Städten wohnenden jungen Frauen zutrifft, geben lediglich 19% der jungen Frauen aus dem ländlichen Bereich an, an solchen Initiativen mitgewirkt zu haben. Differenziert nach Alter sind die Unterschiede noch größer: 45% der über 18-Jährigen, aber nur 18%

der unter 18-Jährigen haben bereits eine Bürgerinitiative oder Petition unterstützt. Eine ähnliche Tendenz lässt sich auch im Hinblick auf die Teilnahme an öffentlichen Diskussionen zu bestimmten gesellschaftlichen Themen beobachten: Signifikant mehr junge Frauen aus Städten (20%) haben sich bereits bei öffentlichen Diskussionen eingebracht im Vergleich zu jungen Frauen aus dem ländlichen Kontext (9%), ebenso wie dies auf signifikant mehr Frauen zwischen 18 und 25 Jahren (23%) im Vergleich zu Frauen zwischen 14 und 17 Jahren (10%) zutrifft. Obwohl nur vereinzelte Erfahrungen mit Bewegungen wie z.B. die Klimaproteste von jungen Frauen gemacht wurden, lassen sich auch diese signifikant öfter im städtischen Setting verorten (8% zu 2% im ländlichen Setting) und treffen auf signifikant mehr Frauen über 18 Jahre (11% zu 2% unter 18-Jährige) zu. Umgekehrt haben lediglich 41% der in Städten wohnenden jungen Frauen noch gar keine persönlichen Erfahrungen mit gesellschaftspolitischem Engagement, während im ländlichen Setting dieser Anteil mit 64% signifikant höher liegt.

Konkrete Beispiele für gesellschaftspolitischem Engagement sind die Teilnahme an verschiedenen Demonstrationen, Aktionen und Initiativen zu unterschiedlichen Themen, wie etwa Fridays for Future, Black Lives Matter, Vienna Pride, aber auch die Unterzeichnung unterschiedlicher Petitionen wie z.B. Petitionen des WWF oder die Petition gegen das Willow-Projekt (Online-Befragung junger Menschen 2023, offene Antwortmöglichkeiten).

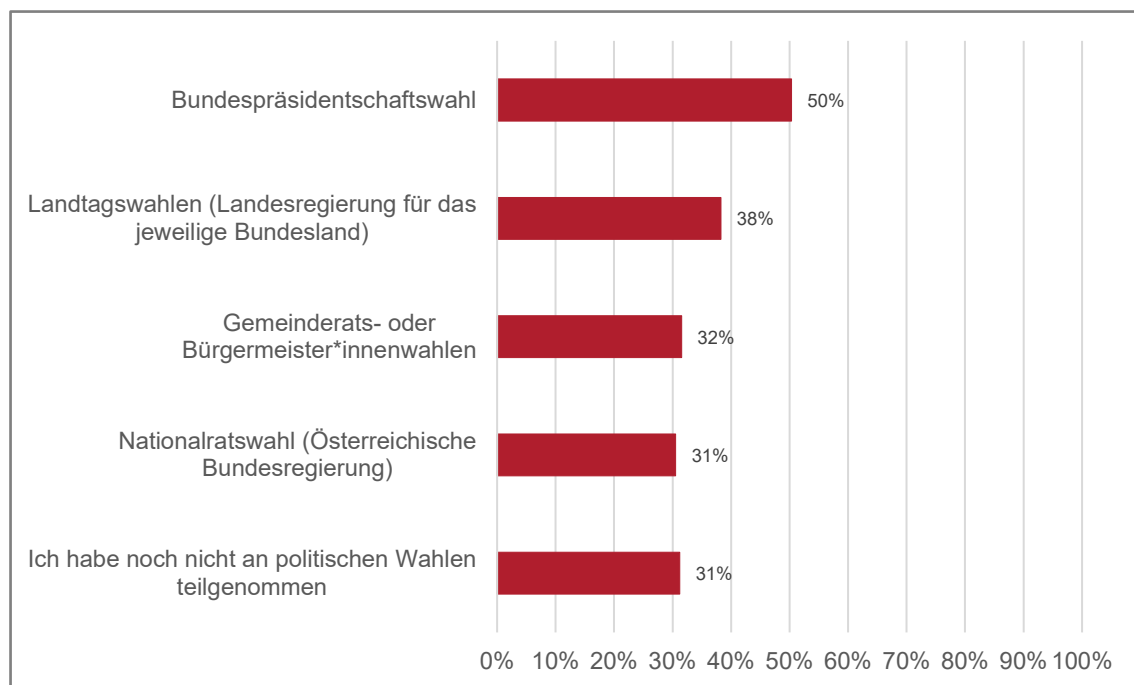
Abbildung 7 Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Persönliche Erfahrungen mit gesellschaftspolitischem Engagement (Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: L&R Datafile ‚Politische_Partizipation‘, 2023, n=339

Die Mitbestimmung bei politischen Entscheidungsprozessen – etwa durch Stimmabgabe im Rahmen von politischen Wahlen – stellt eine weitere wesentliche Form der politischen Partizipation dar. Auf Bundesebene haben die befragten Mädchen und jungen Frauen der Altersgruppe zwischen 16 und 25 Jahren (diese Einschränkung wurde aufgrund des Alters für das Wahlrecht getroffen) großteils Erfahrungen mit Bundespräsidentenwahlen (50%) gemacht, jedoch zu einem deutlich geringeren Anteil mit Nationalratswahlen (31%), was letztlich vor allem mit dem Zeitpunkt dieser Wahlen zusammenhängen dürfte. Auch auf Gemeindeebene sind die bisherigen Erfahrungen der Mädchen und jungen Frauen begrenzt, da erst 32% bisher an Gemeinderats- oder Bürgermeister*innenwahlen teilgenommen haben. Mit Landtagswahlen haben 38% der Befragten bereits erste Erfahrungen gemacht. Bemerkenswert ist aber, dass mit 31% ein erheblicher Anteil der befragten Mädchen und jungen Frauen sich noch nie an politischen Wahlen in Österreich beteiligt hat.

Abbildung 8 Frauen zwischen 16 und 25 Jahren: Teilnahme an politischen Wahlen in Österreich (Mehrfachnennungen möglich)



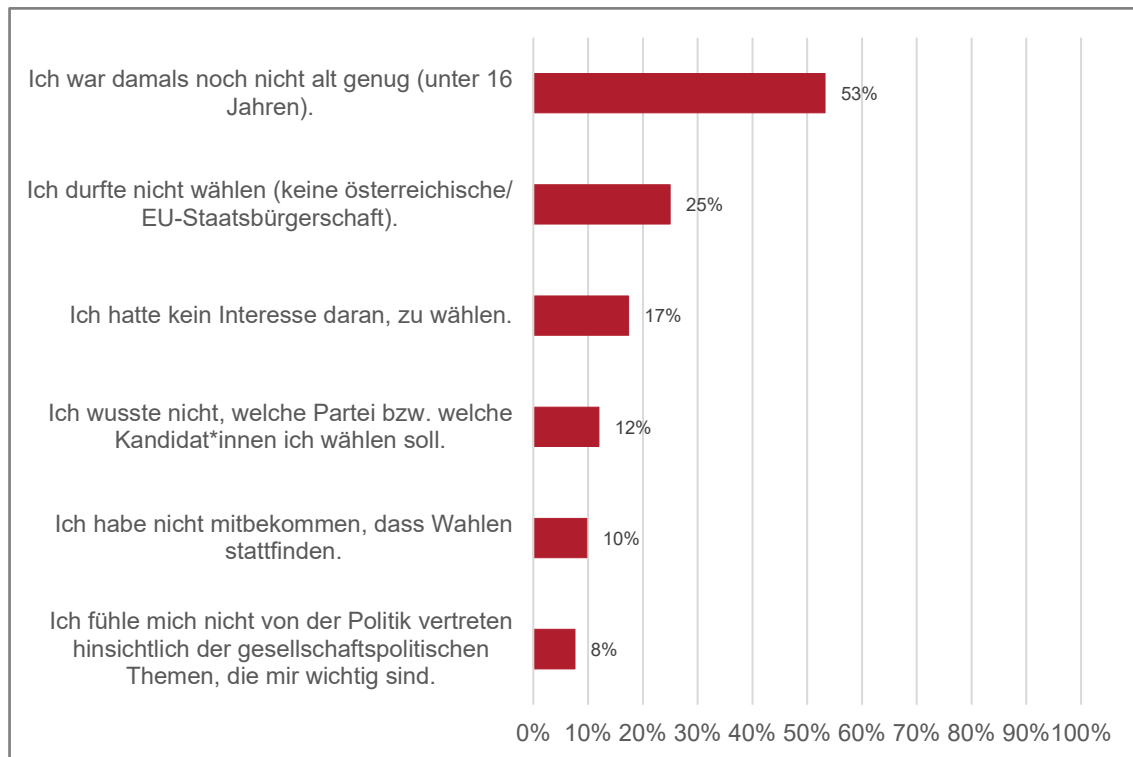
Quelle: L&R Datafile ‚Politische_Partizipation‘, 2023, n=298

Im Rahmen der Befragung wurde auch den verschiedenen Gründen nachgegangen, warum die befragten jungen Frauen ab 16 Jahren bislang noch nicht an politischen Wahlen in Österreich teilgenommen haben. Für mehr als die Hälfte der Befragten bestand der Hauptgrund darin, dass sie aktuell bzw. zum Zeitpunkt der letzten Wahlen noch nicht alt genug waren, um wählen zu dürfen. Ein weiterer wesentlicher Grund, der auf ein Viertel der Befragten zutrifft, war, dass diese aufgrund einer nicht-österreichischen Staatsbürgerschaft nicht berechtigt waren, in Österreich zu wählen.

In den wenigsten Fällen war es eine bewusste Entscheidung der befragten jungen Frauen, sich entweder aufgrund mangelnden Interesses (14%), unzureichender Informationen über die

Kandidat*innen (12%) bzw. die Wahlen selbst (10%) oder, weil sie sich von der Politik nicht vertreten fühlen (8%), der Stimme zu enthalten.

Abbildung 9 Frauen zwischen 16 und 25 Jahren: Wenn noch nicht an politischen Wahlen in Österreich teilgenommen: Warum? (Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: L&R Datafile ‚Politische_Partizipation‘, 2023, n=92

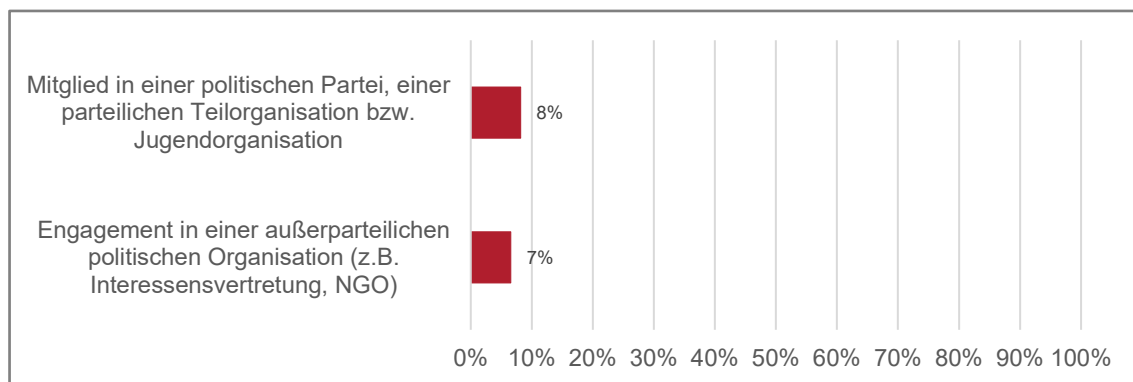
Die Erfassung der Erfahrungen junger Frauen mit politischem Engagement in einem organisierten Rahmen, wie bspw. in politischen Parteien oder in außerparteilichen politischen Organisationen, stellt einen weiteren Themenschwerpunkt der Online-Befragung dar. Die Ergebnisse sind ernüchternd: Lediglich 8% der befragten jungen Frauen berichten von einer Mitgliedschaft in einer politischen Partei, parteilichen Teilorganisation oder Jugendorganisation, wengleich sich signifikante Unterschiede nach Alter innerhalb dieser Gruppe beobachten lassen. So sind signifikant mehr junge Frauen zwischen 18 und 25 Jahren Mitglied in einer politischen Partei oder Jugendorganisation (19% zu lediglich 4% der unter 18-Jährigen). Im Vergleich dazu gaben mit einem Anteil von 19% signifikant mehr junge Männer an, Mitglieder in einer politischen Partei zu sein.

Mit einem Anteil von lediglich 7% halten sich auch die Erfahrungen der jungen Frauen mit politischem Engagement im Rahmen einer außerparteilichen politischen Organisation, wie etwa Interessensvertretungen oder NGOs, in Grenzen. In dieser Hinsicht lassen sich keine signifikanten Unterschiede nach Urbanisierungsgrad oder Geschlecht feststellen, aber sehr wohl nach Alter: Auch hinsichtlich ihres Engagements in außerparteilichen politischen Organisationen sind junge Frauen ab 18 Jahren deutlich überrepräsentiert (14% zu lediglich 4% der unter 18-Jährigen).

Darüber hinaus äußern lediglich jeweils 4% der Befragten ihre Absicht, in Zukunft einer politischen Partei bzw. einer außerparteilichen politischen Organisation beizutreten, während jeweils über die Hälfte dies auch zukünftig nicht beabsichtigt und der Rest noch unentschieden ist. Auch in dieser Hinsicht ergeben sich keine signifikanten Unterschiede nach Urbanisierungsgrad, Alter oder Geschlecht.

Somit bestätigt auch die vorliegende Studie die Erkenntnisse von Dörfler und Kaindl (2019) sowie des Welt-Mädchenberichts (Plan International 2022), dass Frauen sich seltener auf konventionelle Art, also etwa (partei-)politisch engagieren, sondern viel mehr mittels unkonventioneller Formen des politischen Engagements, wie bspw. durch die Teilnahme an Demonstrationen, am politischen Geschehen teilhaben.

Abbildung 10 Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Persönliche Erfahrungen mit politischem Engagement im organisierten Rahmen



Quelle: L&R Datafile ‚Politische_Partizipation‘, 2023, n=304 und 318

Jene Mädchen und junge Frauen, die bereits Erfahrungen mit politischem Engagement machen konnten, nennen auch konkrete Beispiele dafür, wie etwa die Mitarbeit in verschiedenen parteilichen Jugendorganisationen in unterschiedlichen Funktionen, wie bspw. Bezirksobfrau, Vorstandsmitglied, Funktionärin oder Referentin für Presse und Politik. Im Bereich des außerparteilichen Engagements gestaltet sich die Mitarbeit besonders vielseitig: So wird die Mitgliedschaft in der Österreichischen Hochschüler*innenschaft oder der Schüler*innenvertretung genannt, aber auch in verschiedenen NGOs (bspw. Greenpeace, WWF, Caritas, Landjugend, Kinderfreunde) oder in thematischen Gruppen in der Schule (bspw. Umweltteam, Gender & Diversity-Team) (Online-Befragung junger Menschen 2023, offene Antwortmöglichkeiten).

Für jeweils über die Hälfte der befragten Mädchen und jungen Frauen ist das mangelnde Interesse an einem (partei-)politischen Engagement der Hauptgrund, warum sie derzeit nicht politisch aktiv sind – sei es in einer politischen Partei oder einer außerparteilichen politischen Organisation. Weiters gibt knapp die Hälfte der Befragten an, sich von keiner Partei genug angesprochen zu fühlen. Auch fehlende Zeitressourcen spielen für 36% der Befragten eine wichtige Rolle in der Entscheidung, von einem parteipolitischen Engagement abzusehen. Lediglich vereinzelt stellen fehlende Zugänge zu einer Partei (4%) oder schlechte Erfahrungen

mit parteipolitischem Engagement, die die jungen Frauen dazu gebracht haben, die Partei wieder zu verlassen (1%), Gründe für ein fehlendes parteipolitisches Engagement dar.

Außerparteilichen Organisationen scheint es vergleichsweise etwas besser zu gelingen, attraktiv auf junge Frauen zu wirken, da nur 29% der Befragten melden, sich davon nicht genug angesprochen zu fühlen. Viel mehr stellt hier der Zeitmangel einen entscheidenden Faktor dar, warum kein außerparteiliches politisches Engagement angestrebt wird, und zwar für 39% der Befragten. Weiters fällt es 10% der Befragten schwer, einen Zugang zu einer außerparteilichen Organisation zu finden, obwohl sie grundsätzlich daran interessiert wären. Auch hier war es eher die Ausnahme, dass junge Frauen nach Beitritt einer außerparteilichen Organisation diese wieder verlassen haben (2%).

Beispielsweise wurde auch die Tätigkeit in einer NGO mit Advocacy-Funktion, die Unparteilichkeit und politische Neutralität voraussetzt, als Grund gegen ein parteipolitisches Engagement genannt. Darüber hinaus geht aus den offenen Antworten hervor, dass sich die befragten Mädchen und jungen Frauen öfter als zu jung für ein parteipolitisches oder ein außerparteiliches politisches Engagement empfinden (Online-Befragung junger Menschen 2023, offene Antwortmöglichkeiten). Diese Erkenntnis unterstreicht noch einmal die Bedeutung und Sinnhaftigkeit von Handlungsansätzen, um Mädchen möglichst früh im Hinblick auf gesellschaftspolitische Themen anzusprechen, ihnen Partizipationsmöglichkeiten näherzubringen und sie für (partei-)politische Partizipation zu begeistern.

Abbildung 11 Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Wenn noch kein parteipolitisches Engagement: Warum? (Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: L&R Datafile ‚Politische_Partizipation‘, 2023, n=275

Abbildung 12 Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Wenn noch kein außerparteiliches Engagement: Warum? (Mehrfachnennungen möglich)



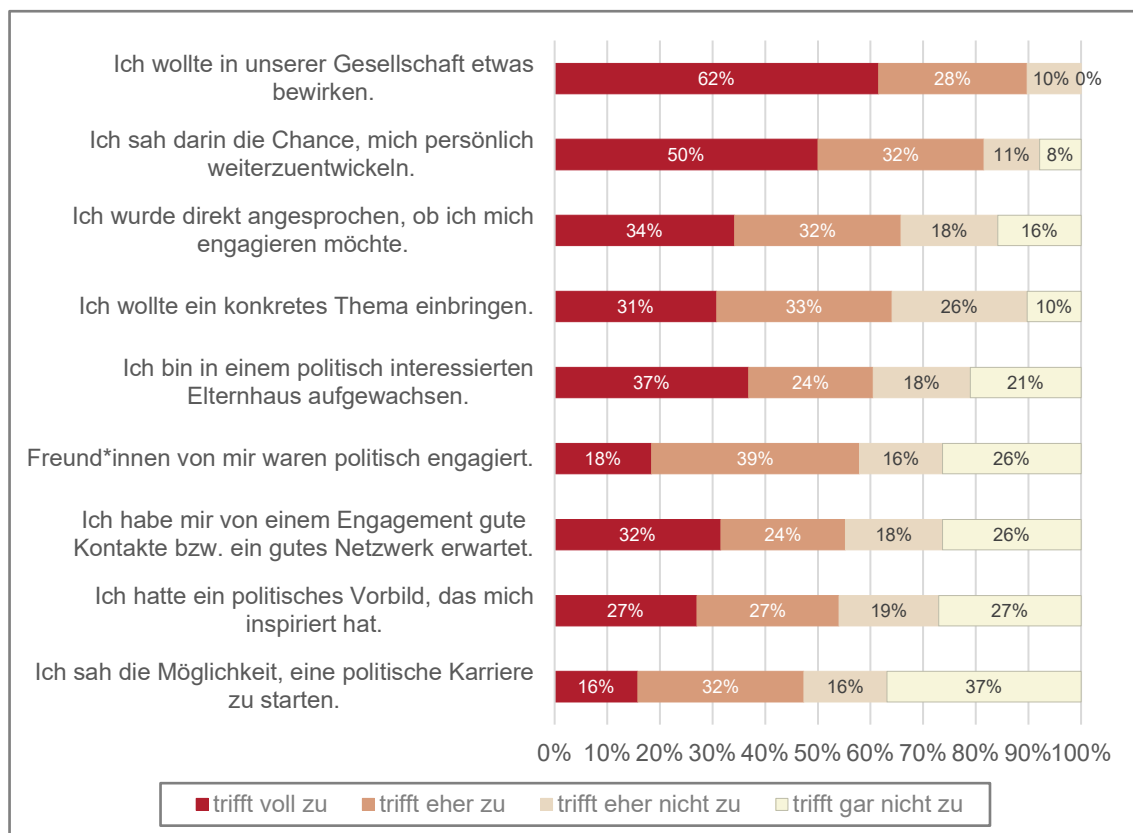
Quelle: L&R Datafile ‚Politische_Partizipation‘, 2023, n=277

Obwohl die befragten Mädchen und jungen Frauen bislang nur zu einem sehr geringen Ausmaß Erfahrungen mit (partei-)politischer Partizipation sammeln konnten, melden diejenigen, die bereits (partei-)politisch erfahren sind, durchaus großes Engagement. So schätzen sich 73% davon als sehr bzw. eher aktiv in ihrer parteipolitischen Tätigkeit ein, im Fall einer politischen Tätigkeit in einer außerparteilichen Organisation liegt der Anteil der (sehr) aktiven Mitglieder sogar bei 80%. Hier sei aber anzumerken, dass aufgrund der geringen Anzahl der (partei-)politisch engagierten jungen Frauen diese Ergebnisse nur begrenzt aussagekräftig und folglich mit Vorsicht zu interpretieren sind. Das niedrige (partei-)politische Engagement bei den befragten jungen Männern lässt keine Tests nach signifikanten Unterschieden zu.

Die starke Überzeugung (partei-)politisch aktiver junger Frauen an das große Potenzial von (partei-)politischem Engagement spiegelt sich auch in ihren vielfältigen persönlichen Motiven dafür wider. Ein zentraler Beweggrund für (partei-)politisches Engagement stellt den Wunsch, etwas in der Gesellschaft zu bewirken dar – insgesamt 90% der Befragten stimmen dem (eher) zu. Als ebenfalls sehr wichtig stellt sich für über 80% der Befragten die Chance heraus, sich durch (partei-)politisches Engagement persönlich weiterzuentwickeln. Ein weiterer wichtiger Grund für (partei-)politisches Engagement stellt der Wunsch dar, sich für ein

konkretes Thema einzubringen, aber auch die direkte Ansprache bezüglich eines möglichen Engagements hat die Befragten mobilisiert – beide Gründe treffen auf jeweils ca. zwei Drittel der Befragten (eher) zu. Darüber hinaus stellen sich für rund die Hälfte der Befragten auch Vorbilder als besonders prägend für die Entscheidung, einer (partei-)politischen Tätigkeit nachzugehen, heraus – seien es politische Vorbilder, die junge Menschen inspirieren, oder Vorbilder aus dem eigenen sozialen Umfeld wie Freund*innen, die bereits (partei-)politisch engagiert sind. Dass (partei-)politisches Engagement gute Möglichkeiten bietet, Kontakte zu knüpfen und sich zu vernetzen, stimmt ebenfalls etwa die Hälfte der Befragten (eher) zu. Als weniger wichtig eingestuft wurde die Möglichkeit, durch das (partei-)politische Engagement eine politische Karriere zu starten – lediglich etwas weniger als die Hälfte der Befragten stimmt dem (eher) zu. Auch hier lassen die geringen Fallzahlen keine Tests nach signifikanten Unterschieden zu.

Abbildung 13 Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Persönliche Motivation für (partei-)politisches Engagement

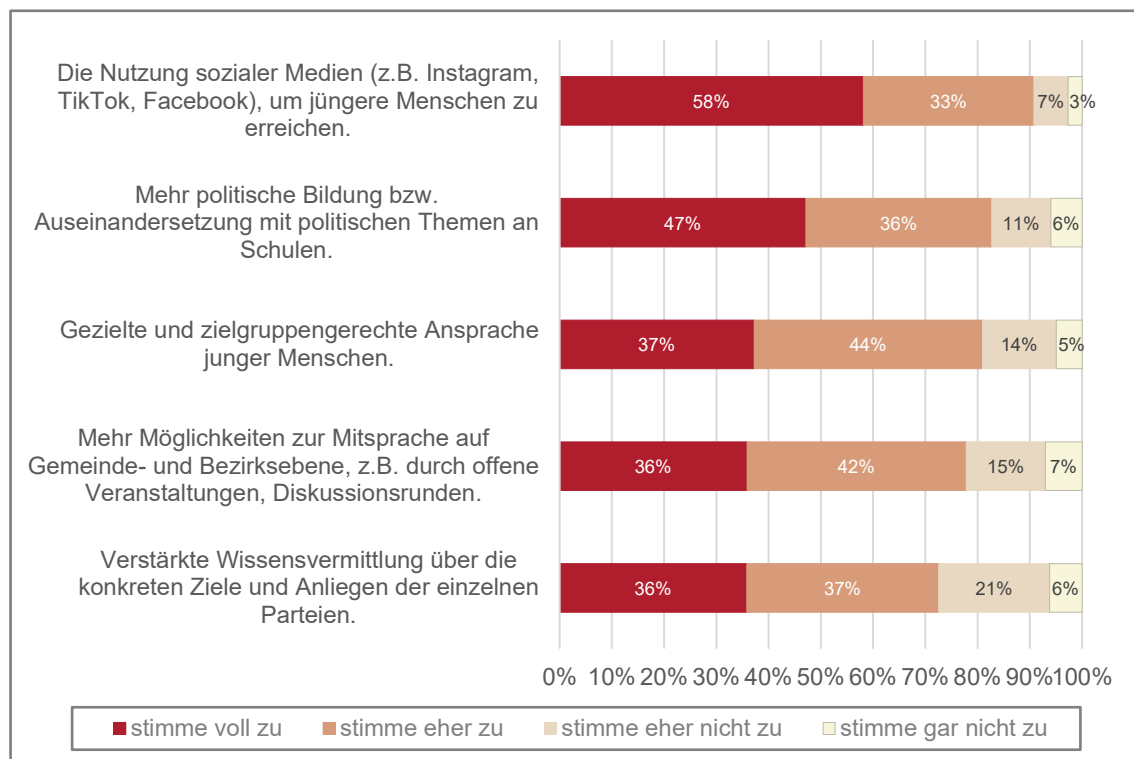


Quelle: L&R Datafile ‚Politische_Partizipation‘, 2023, n zwischen 37 und 39

Ein zentrales Ziel der vorliegenden Studie ist es, unter Einbeziehung der Mädchen und jungen Frauen aus der Zielgruppe, mögliche Handlungsansätze zur weiteren Förderung des politischen Interesses und in weiterer Folge des Engagements zu identifizieren. So zeigen die Ergebnisse der Befragung, dass die befragten Mädchen und jungen Frauen insbesondere in der Nutzung sozialer Medien, um jüngere Menschen zu erreichen, gute Erfolgschancen sehen – insgesamt stimmen 91% der Befragten diesem Ansatz (eher) zu. Weiters sind über 80% der Befragten der Meinung, dass eine gezielte und zielgruppengerechte Ansprache junger

Menschen besonders förderlich ist, um diese für (partei-)politisches Engagement zu motivieren. Differenziert nach Alter trifft dies auf signifikant mehr jungen Frauen ab 18 Jahren voll zu (51% zu 32% der unter 18-Jährigen). Auf große Zustimmung mit Anteilen von jeweils über 70% stoßen auch die Vorschläge, mehr Möglichkeiten zur Mitsprache auf Gemeinde- und Bezirksebene (bspw. durch offene Veranstaltungen, Diskussionsrunden) zu schaffen, ebenso wie mehr Wert auf Wissensvermittlung über die konkreten Ziele und Anliegen der einzelnen Parteien zu legen. Signifikant mehr Frauen ab 18 Jahren sind der Meinung, dass es mehr Mitsprachemöglichkeiten auf Gemeinde- und Bezirksebene braucht (51% zu 30% der unter 18-Jährigen stimmen dem voll zu). Ebenso stimmen signifikant mehr der in Städten wohnhaften Frauen der Aussage voll zu, dass mehr über die Ziele und Anliegen der Parteien informiert werden soll (47% zu 28% der Frauen aus dem ländlichen Bereich).

Abbildung 14 Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Aktivitäten und Strategien zur Stärkung des Interesses junger Menschen für Parteipolitik



Quelle: L&R Datafile ‚Politische_Partizipation‘, 2023, n zwischen 321 und 337

Die große Bedeutung der Schule als Austauschort für Politik, wie von Quintelier (2015) diskutiert, schlägt sich auch in den hier vorgeschlagenen Handlungsansätzen nieder. So sprechen sich über 80% der befragten jungen Frauen für mehr politische Bildung sowie allgemein für mehr Auseinandersetzung mit politischen Themen an Schulen aus. Signifikant mehr Frauen zwischen 18 und 25 Jahren (62%) als unter 18-Jährige (42%) sehen die Notwendigkeit dafür und stimmen dieser Aussage voll zu. Die offenen Antwortmöglichkeiten machen dies noch deutlicher: So sollte generell viel stärker vermittelt werden, was Demokratie ist und wieso sie wichtig ist. Eine Möglichkeit dafür könnte sein, verpflichtende Schulbesuche im Parlament oder in den Rathäusern zu veranstalten. Ebenso soll auch die Rolle der Schüler*innenorganisationen sowie der Schüler*innen- und Studienvertretungen verdeutlicht werden und in diesem

Zusammenhang stärker über konkrete Möglichkeiten der aktiven (partei-)politischen Beteiligung aufgeklärt werden (Online-Befragung junger Menschen 2023, offene Antwortmöglichkeiten).

Die Schule als Austauschort für Politik wurde auch im Rahmen der Workshops rege diskutiert. Ausgehend von den Erfahrungen der Workshopteilnehmerinnen im schulischen Kontext überrascht es wenig, dass junge Frauen mögliche Handlungsfelder für politische Herausforderungen und mehr (partei-)politische Partizipation im Bildungssystem sehen. Dies betrifft die Möglichkeit in der Schule – aber auch in anderen Räumlichkeiten – Austausch zu schaffen, Wissen über politische Themen zu generieren und notwendige Kompetenzen – vor allem das Formulieren „guter Argumente“ – zu erwerben. So solle mit unterschiedlichen Herangehensweisen und Angeboten (bspw. Debattierclubs, Exkursionen, Workshops durch Externe) politische Bildung an allen Schulen übergreifend institutionalisiert werden. Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang auch, dass es wichtig ist, Lehrpersonen zu sensibilisieren, so dass der Unterricht vorurteilsfrei gestaltet wird sowie externe Personen als Expert*innen einzubinden. Eines wurde in diesen Diskussionen ganz klar: Junge Menschen sind sich dem Einfluss von Bildung bewusst, sie wünschen sich gute Bildung und wollen ernst genommen werden in ihrer Persönlichkeit, ihrer Identität und ihren Werten.

8 Einflussfaktoren auf das (partei-)politische Engagement von Frauen

Bis dato zeigt sich: Junge Frauen engagieren sich in einem sehr geringen Ausmaß (partei-)politisch. Viele Faktoren beeinflussen, wie junge Frauen politisches Interesse ausbilden können und ob sie Möglichkeitsräume der Partizipation vorfinden. In weiterer Folge wird der Frage nachgegangen, welche förderlichen und hinderlichen Faktoren auf das (partei-)politische Engagement junger Frauen Einfluss nehmen.

Die Online-Befragung identifiziert mehrere Gründe, die sich negativ auf das (partei-)politische Engagement von Frauen auswirken. Die befragten Mädchen und jungen Frauen sind sich größtenteils einig, dass die schwache Präsenz von weiblichen Vorbildern in der Politik junge Frauen davon abhält, sich (partei-)politisch zu engagieren – 81% der Befragten stimmen dem (eher) zu. An dieser Stelle ist ebenfalls anzumerken, dass junge Frauen in einem signifikant größeren Ausmaß als die befragten jungen Männer diese Problemlage erkennen – 31% der befragten Frauen und lediglich 20% der Männer stimmen dem voll zu. Auch in den Workshops wurde mehrfach auf diese Hürde hingewiesen.

Ebenso schwerwiegend mit einer (vollen) Zustimmung von über 70% ist die unausgewogene Berichterstattung über männliche und weibliche Politiker*innen und damit einhergehend die Unterrepräsentanz von Politikerinnen in den Medien. Auch hier lassen sich signifikante Unterschiede zwischen den befragten jungen Frauen und Männern, welche dieser Aussage voll zustimmen, erkennen: Während 36% der Frauen auf diese Schiefelage hinweisen, tun dies lediglich 17% der Männer.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich auch hinsichtlich der Unterstützung, die weibliche Politikerinnen vom privaten Umfeld erhalten. Auch diesbezüglich sehen 31% der befragten jungen Frauen akuten Handlungsbedarf und weitere 38% stimmen dem eher zu, während unter den befragten jungen Männern die volle Zustimmung mit einem Anteil von lediglich 10% signifikant geringer ist.

In Einklang mit den Workshopergebnissen stößt weiters auch hier der Grund, dass Frauen wegen familiärer Verpflichtungen weniger Zeit haben, um sich (partei-)politisch zu engagieren, bei rund der Hälfte der befragten jungen Frauen (eher) auf Zustimmung. In dieser Hinsicht lassen sich auch signifikante Unterschiede nach Alter innerhalb der Gruppe der befragten jungen Frauen beobachten: So stimmen 24% der Frauen zwischen 18 und 25 Jahren und lediglich 12% jener zwischen 14 und 17 Jahren dieser Aussage voll zu. Gekoppelt mit den zahlreichen Nachweisen aus der Fachliteratur, dass die stark männerdominierte Politikultur (Weidhofer et al. 2023) und die schlechte Vereinbarkeit Hauptfaktoren für die fehlende politische Beteiligung der Frauen zu betrachten sind (Dörfler & Kaindl 2019; Stainer-Hämmerle et al. 2022), stellt sich der Ressourcenmangel aufgrund familiärer Verpflichtungen folglich als ein wesentliches Hindernis für das (partei-)politische Engagement heraus.

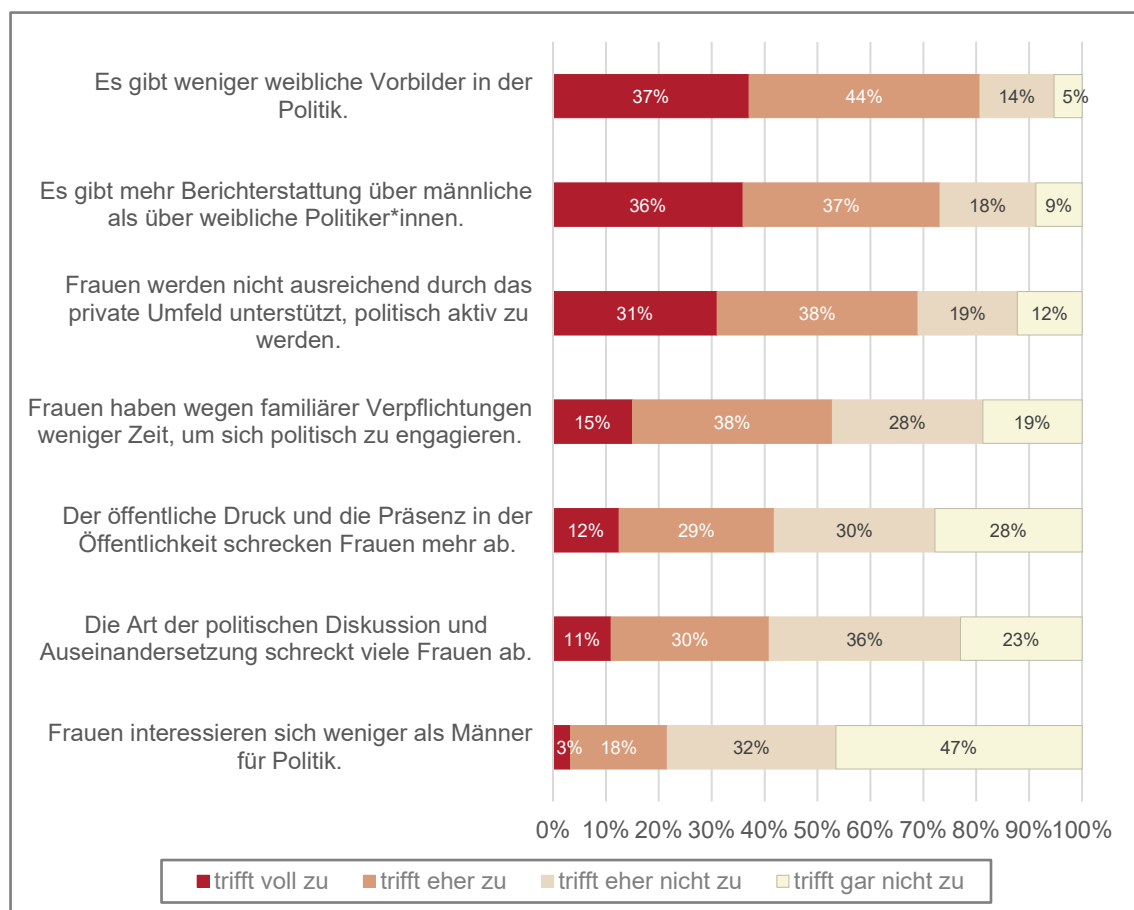
Als weniger zutreffend werden im Gegensatz dazu die Annahmen erachtet, dass die Art der politischen Diskussion und Auseinandersetzung sowie der öffentliche Druck und die Präsenz in der Öffentlichkeit Frauen (eher) davon abschrecken, (partei-)politisch tätig zu werden. Lediglich jeweils 41% der befragten jungen Frauen stimmen dem (eher) zu. Differenziert nach Alter zeigen sich auch in dieser Hinsicht signifikante Unterschiede: Signifikant mehr Frauen ab 18

Jahren vertreten voll die Meinung, dass Frauen von der Art der politischen Diskussion und Auseinandersetzung abgeschreckt werden (19% zu 8% der unter 18-Jährigen) und geben dem öffentlichen Druck und der Präsenz in der Öffentlichkeit die Schuld dafür (20% zu 10%).

Äußerst geringe Zustimmung findet die Behauptung, dass Frauen sich weniger als Männer für Politik interessieren würden. Auch die bereits im Kapitel 5 vorgestellten Ergebnisse widerlegen diese Annahme und untermauern das hohe – wiewohl sehr stark themenbezogene – Interesse junger Frauen für Politik.

Darüber hinaus bemängeln mehrere der befragten Frauen, dass Politikerinnen weniger bzw. nicht ernst genommen werden und sehen dies ebenfalls als wichtigen Grund, warum sich Frauen seltener (partei-)politisch engagieren. Diese Wahrnehmung würde dazu führen, dass viele Frauen es gar nicht versuchen, (partei-)politisch tätig zu werden, bzw. dass jene, die es versuchen, oft entmutigt werden (Online-Befragung junger Menschen 2023, offene Antwortmöglichkeiten).

Abbildung 15 Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Gründe warum sich Frauen seltener (partei-)politisch engagieren



Quelle: L&R Datafile ‚Politische_Partizipation‘, 2023, n zwischen 309 und 329

Wie bereits punktuell erwähnt, vermittelten auch die Workshops Einblicke in die Barrieren, die junge Frauen selbst davon abhalten würden, Berufspolitikerin zu werden. Genannt werden die wahrgenommene Respektlosigkeit unter Politiker*innen und den Parteien, die mühsamen

Diskussionen, Korruption und Unehrllichkeit und fehlende Authentizität. Dies verweist darauf, dass Politik als Beruf als unattraktiv wahrgenommen wird, was folglich – wünscht man das zu ändern – eine Frage der Berufsdarstellung und Berufsorientierung ist. Dabei zeigt die Forschung, dass zumindest zwei Punkte zentral sind, um jungen Menschen Berufe näher zu bringen: Ihnen praktische Einblicke zu ermöglichen und das Berufsfeld zu konkretisieren (Bergmann et al. 2022; Bergmann et al. 2023).

Ein weiterer relevanter Punkt in diesem Zusammenhang ist die Bedeutung von „Role-Models“, also Vorbildern, die junge Frauen inspirieren. Der Einfluss solch inspirierender Persönlichkeiten, sowohl aus dem eigenen Umfeld als auch bekannte oder medial wirksame Personen, wurde vielfach in Studien zur Berufswahl aufgegriffen (Bergmann et al. 2023). Um nur zwei konkrete Beispiele solcher Vorbildfiguren aus einem Workshop zu nennen: Greta Thunberg, weil *„ihre Durchsetzungskraft sehr bemerkenswert ist“* (Workshop 1 2023, Protokoll) und Jacinda Ardern (ehemalige Premierministerin von Neuseeland), die als *„sehr bodenständig, erfolgreich und souverän“* (ebd.) beschrieben wird.

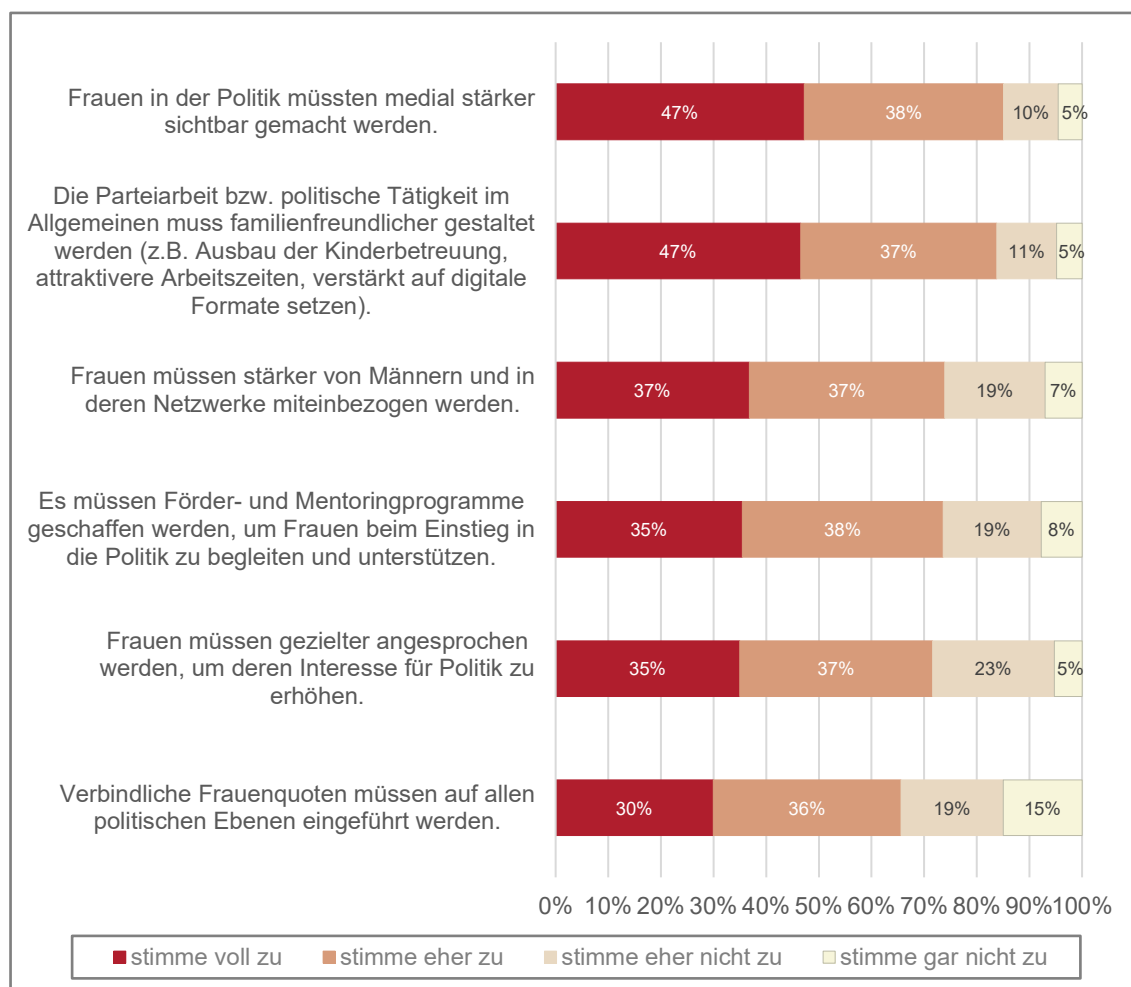
Auf einer abstrakteren Ebene im ersten Workshop diskutiert, sahen die Teilnehmerinnen folgende Faktoren als Hindernisse für Frauen, die Politikerinnen werden wollen: Zum einen nannten sie strukturelle Barrieren wie die erschwerte Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufgrund fehlender Betreuungsangebote und flexibler Arbeitszeitmodelle sowie aufgrund traditioneller Rollenverteilungen, wie die Inanspruchnahme von Karenzzeiten vor allem durch Frauen. Aber auch traditionelle Geschlechterrollenbilder („die Frau als Mutter“), Stereotype und klischeehafte Zuschreibungen (Frauen als emotional oder hysterisch) und ausbleibende oder verzerrende mediale Berichterstattungen von weiblichen Politikerinnen wurden als abschreckend wahrgenommen. Außerdem wurden auch fehlende Vorbilder, möglicherweise wenige Kolleginnen im Berufsalltag und ganz allgemein die geringe Attraktivität des Berufsfeldes als hinderliche Faktoren für (partei-)politisches Engagement betrachtet.

Ergänzend zu den identifizierten Ansatzpunkten zur Förderung des politischen Interesses junger Menschen im Allgemeinen sowie deren Bereitschaft, (partei-)politisch tätig zu werden, wird nun das Augenmerk auf die noch nicht erfüllten Bedürfnisse von Frauen und auf möglichen Handlungsoptionen zur Förderung ihres (partei-)politischen Engagements gelegt. So bewerten die befragten Mädchen und jungen Frauen mit Anteilen von jeweils über 80% die Strategien, Politikerinnen medial stärker sichtbar zu machen sowie die (partei-)politische Tätigkeit generell (etwa durch die Einführung von Vereinbarkeitsmodellen) familienfreundlicher zu gestalten, als die wirksamsten Ansätze zur Förderung von Frauen, (partei-)politisch aktiv zu werden. Auch dies deutet auf die Wichtigkeit der bereits öfter genannten weiblichen Vorbilder sowie von geeigneten Rahmenbedingungen hinsichtlich Vereinbarkeit für die Ausübung einer (partei-)politischen Tätigkeit hin. Auch in dieser Hinsicht unterscheiden sich die befragten jungen Frauen und Männer signifikant in ihrer Meinung: Während jeweils fast die Hälfte der jungen Frauen den beiden Aussagen voll zustimmt sehen nur 17% der befragten Männer die Notwendigkeit für stärkere mediale Repräsentanz von Politikerinnen und 23% für eine familienfreundlichere Gestaltung der (partei-)politischen Tätigkeit. Innerhalb der Zielgruppe der jungen Frauen zwischen 14 und 25 Jahren lassen sich keine signifikanten Unterschiede, etwa nach Alter oder Urbanisierungsgrad, feststellen.

Ebenfalls hohe Zustimmungswerte von insgesamt jeweils über 70% erzielen die Vorschläge, dass eine gezieltere Ansprache der Frauen ihr Interesse für Politik erhöhen könnte ebenso

wie, dass der politische Einstieg von Frauen durch Förderprogramme erleichtert werden soll und dass Politiker Politikerinnen stärker in deren Netzwerke miteinbeziehen sollen. Etwas niedriger wird der Handlungsansatz bezüglich der Einführung verbindlicher Frauenquoten bewertet – nur 66% der befragten jungen Frauen stimmen dem (eher) zu. Weiters ist noch festzuhalten, dass für alle angeführten Handlungsoptionen die Zustimmung bei den befragten jungen Männern signifikant niedriger liegt im Vergleich zu den Frauen. Im Hinblick auf Alter oder Wohnort lassen sich aber keine signifikanten Unterschiede innerhalb der Gruppe der befragten jungen Frauen erkennen.

Abbildung 16 Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Aktivitäten und Strategien zur Stärkung der Motivation von Frauen, sich (partei-)politisch zu engagieren



Quelle: L&R Datafile ‚Politische_Partizipation‘, 2023, n zwischen 294 und 309

Die hohe Zustimmung mit den vorgeschlagenen Handlungsoptionen unter den befragten Mädchen und jungen Frauen kann als wichtiger Hinweis für den dringenden Handlungsbedarf interpretiert werden. Frauen brauchen gezielte, maßgeschneiderte Ansätze, um ihr Interesse für politische Themen zu erhöhen, ihnen einen Einstieg in die Politik zu ermöglichen und in weiterer Folge die Rahmenbedingungen für die Ausübung einer (partei-)politischen Tätigkeit langfristig zu verbessern.

9 Exkurs: Wahrnehmung der Rolle von Frauen in der Politik

Politik wird von jungen Menschen oft als abstrakt wahrgenommen, was u.a. ebenfalls in einer geringeren Bereitschaft für (partei-)politisches Engagement münden kann. Bezogen auf das Berufsbild der Politikerin bzw. des Politikers bedeutet dies auch, dass eine Unwissenheit dahingehend besteht, was Berufspolitik konkret bedeuten kann. Vor diesem Hintergrund wird in weiterer Folge der Frage nachgegangen, wie sich das Rollenverständnis von Frauen in der Politik gestaltet.

Um die Wahrnehmung von (partei-)politisch tätigen Frauen durch junge Menschen besser zu verstehen, wurden im Rahmen der Online-Befragung auch verschiedene Rollen von Politikerinnen erfasst. Dabei wurde auf zwei Dimensionen Rücksicht genommen: In einem ersten Schritt wurde die Einschätzung der Befragten zum tatsächlichen Vorkommen dieser Rollen in der Politik abgefragt, d.h. unabhängig von der eigenen persönlichen Einstellung dazu, wurden sie gefragt, inwieweit sich die beschriebenen Rollen in der Praxis wiederfinden. Die zweite Dimension zielte auf die Bewertung dieser Situationslage durch die Befragten, unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Haltung dazu, ab.

So findet die Annahme, dass an weiblichen und männlichen Politiker*innen die gleichen Erwartungen und Anforderungen gestellt werden, die geringste Zustimmung bei den befragten jungen Frauen: Lediglich 29% sind der Meinung, dass dies der Realität entspricht. Differenziert nach Wohnort und Alter trifft dies auf signifikant weniger in Städten wohnhaften jungen Frauen (23% zu 34% der Frauen aus dem ländlichen Setting) sowie auf weniger jungen Frauen ab 18 Jahren (20% zu 32% der unter 18-Jährigen) zu. Ebenso wünschen sich die befragten Frauen zu einem hohen Anteil von 77% eine Veränderung der aktuellen Situation, und zwar wieder signifikant mehr junge Frauen aus dem städtischen Setting (83% zu 72% Frauen aus dem ländlichen Setting) sowie signifikant mehr über 18-Jährige (86% zu 74% der unter 18-Jährigen). In dieser Hinsicht unterscheiden sich die Wahrnehmungen der befragten jungen Frauen und Männern signifikant: Im Gegensatz zur kritischen Einschätzung der Frauen vertreten 63% der befragten Männer die Meinung, dass die Erwartungen und Anforderungen an Politiker*innen ungeachtet des Geschlechts gleich sind. Dementsprechend lassen sich auch auf der Dimension der Bewertung signifikante Unterschiede zwischen den befragten Frauen und Männern erkennen: Während sich die Frauen mehrheitlich eine Veränderung wünschen, sehen 67% der befragten Männer hier keinen Handlungsbedarf.

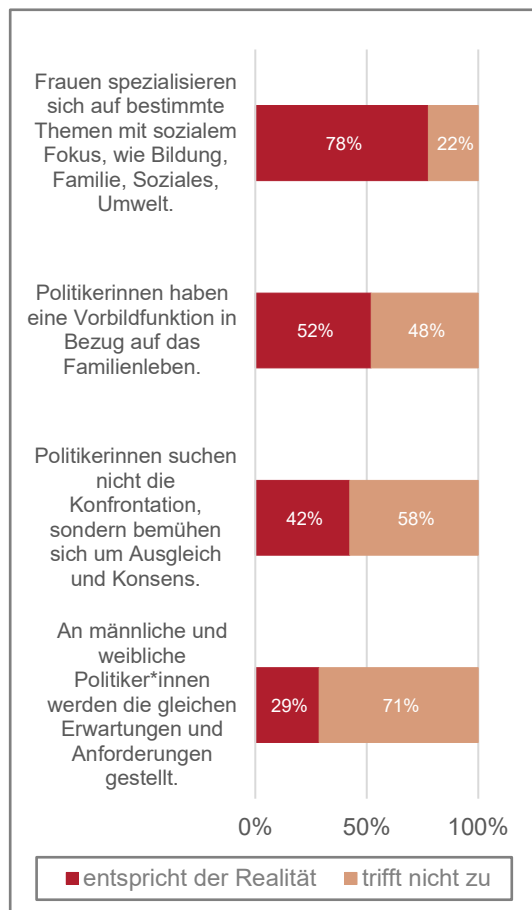
Dass Politikerinnen eine Vorbildfunktion in Bezug auf das Familienleben haben, wird von 52% der befragten jungen Frauen bestätigt, wenngleich rund die Hälfte der befragten jungen Frauen mit dieser Entwicklung nicht einverstanden ist und sich dementsprechend eine Veränderung wünscht. Obwohl sich hinsichtlich der Einschätzung der Vorbildfunktion der Politikerinnen in Bezug auf das Familienleben keine signifikanten Unterschiede zwischen jungen Frauen und jungen Männern feststellen lassen, äußern signifikant weniger junge Männer den Wunsch nach einer Veränderung.

Hinsichtlich der Annahme, dass Politikerinnen nicht die Konfrontation suchen, sondern sich um Ausgleich und Konsens bemühen, sind sich die befragten Frauen am wenigsten einig: Während 42% diese Rolle als realitätstreu einschätzen, stimmen die restlichen 58% dem nicht

zu. Auch die eigene Einstellung dazu ist nicht eindeutig: 40% der Befragten sind der Meinung, es besteht kein Handlungsbedarf in dieser Hinsicht und 60% wünschen sich eine Veränderung.

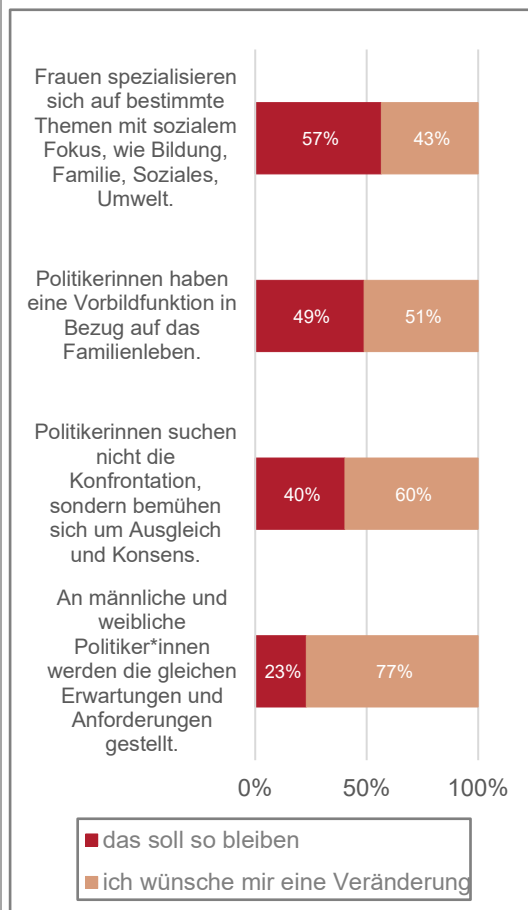
Dass Politikerinnen sich auf bestimmte Themen mit sozialem Fokus spezialisieren, entspricht der Einschätzung von 78% der befragten Frauen. Diese Rolle wird aber vorwiegend positiv bewertet, da insgesamt 57% der Befragten der Meinung sind, dass dies so bleiben soll. Diese Erkenntnis deutet auf eine starke Befürwortung und Reproduktion der stereotypen Themenzuschreibungen, wie von Fuchs (2010) nachgewiesen, hin. Auch in den Workshops wurden stereotype Sichtweisen der jungen Frauen selbst im Hinblick auf das Verhalten und Handeln von Politikerinnen sichtbar: So werden Frauen als sensibler gesehen, sie hätten mehr Empathie, was auch als hinderlich für politische Berufe begriffen wird.

Abbildung 17 Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Einschätzung der Rolle von Frauen in der Politik



Quelle: L&R Datafile ‚Politische Partizipation‘, 2023, n zwischen 255 und 286

Abbildung 18 Frauen zwischen 14 und 25 Jahren: Bewertung der Rolle von Frauen in der Politik



Quelle: L&R Datafile ‚Politische Partizipation‘, 2023, n zwischen 246 und 283

Das Rollenverständnis von Frauen in der Politik wurde im Rahmen der Workshops anhand von Hilfskonstrukten ausgelotet. Diese regen zur spielerischen Auseinandersetzung mit dem Thema an und dienen zur besseren Veranschaulichung der Wahrnehmung dieser Rollen durch die jungen Frauen. So wurden im zweiten und dritten Workshop die „Politischen Superheldinnen“ ausgedacht, um konkrete Eigenschaften und Werte identifizieren zu können, die den Teilnehmerinnen bei Politikerinnen wichtig sind. Hier wiederholen sich die bereits genannten Themen, welche die jungen Frauen beschäftigen: Rassismus, Sexismus, Homophobie und Frauenfeindlichkeit werden als klare „Don'ts“ gesehen. Im Gegensatz dazu ist eine politische Superheldin *klug und selbstsicher, nett, einfühlsam, gemeinschaftsbildend, intelligent, respektvoll, ehrlich, mutig, stark, veränderungsbereit, sie schafft alles, hat eine besondere Macht, ein großes Herz, denkt positiv* und wenn das noch nicht genug wäre – *sie senkt die Inflation* (Workshops 2 & 3 2023, Protokolle). Auch wenn diese Eigenschaften und Werte vermutlich bei vielen Menschen auf Zuspruch treffen würden, so kann davon kein „Kompetenzprofil“ abgeleitet werden. Vielmehr verdeutlicht sich hier, was junge Frauen als wichtig erachten: *„Es braucht gute Argumente und Personen, die ihre Werte leben“* (Workshop 3 2023, Protokoll).

Darüber hinaus ermöglicht die Herstellung eines Ideals, dieses mit dem wahrgenommenen Ist-Stand zu vergleichen. Dabei zeigte sich in den Workshops, dass die jungen Menschen solche politischen Superheldinnen auch in der Realpolitik sehen, dass sie aber auch der Ansicht sind, vielen fehle es an den gewünschten Werten. Darüber hinaus betonten die Workshopteilnehmerinnen, dass persönliche Eigenschaften und Werte nicht alles sind, sondern es braucht auch Unterstützungsleistungen von anderen, bspw. in Form von emotionaler Unterstützung durch das eigene soziale Umfeld oder von finanzieller Unterstützung durch Sponsoren; aber auch Unterstützungsleistungen seitens einer Gemeinschaft sind etwa beim Gewinnen von Wähler*innenstimmen oder beim Umgang mit Hass und Anfeindungen besonders wichtig.

10 Fazit und mögliche Handlungsansätze

Um politische Entscheidungen nach sozial gerechten und vorurteilsfreien Kriterien gestalten zu können, bedarf es einer größeren Diversität der amtierenden und amtsausübenden Personen. Damit unterrepräsentierte Gruppen, wie Frauen, für politische Tätigkeiten begeistert werden können, braucht es zielgruppenspezifische Ansätze und Angebote, die jedoch auch die Heterogenität innerhalb der Gruppe anerkennen. Gerade sozio-ökonomische Unterschiede gilt es hierbei zu berücksichtigen, sodass junge Frauen, die potentiellen Mehrfachdiskriminierungen ausgesetzt sind, nicht von den Angeboten ausgeschlossen werden. Dies berücksichtigend werden nachfolgend mögliche Handlungsoptionen ausgehend von den Forschungsergebnissen bereitgestellt.

Die hier skizzierten Handlungsoptionen berücksichtigen sowohl den Berufswahlprozess, als auch multiple Einflussquellen darauf. Somit besitzen sie teils übergeordnete Gültigkeit, d.h. sie zeigen mögliche Einflüsse auf eine gendersensible und vorurteilsfreie Berufswahl im Allgemeinen auf. Das Besondere an der Politik ist jedoch, dass jede*r damit in Berührung kommt, dass grundlegende Werte und Rechte damit verbunden werden und dass (partei-)politische Partizipation unabhängig vom Berufswunsch oder der tatsächlichen Berufsausübung sein kann. Das zentrale Anliegen ist es somit, diesen Besonderheiten gerecht zu werden und gleichzeitig die allgemeine Prozesshaftigkeit der Berufswahl und die allgemeinen sowie spezifischen Einflüsse darauf in mögliche Handlungsoptionen zu integrieren.

Verständnis bilden – Politik als Alltagspraxis begreifen

Um junge Frauen zu ermutigen, Politik als ein mögliches Berufsfeld in Betracht zu ziehen, ist es relevant, ein Verständnis von Politik im Allgemeinen zu entwickeln, ein Interesse auszubilden, Kompetenzen zu stärken sowie sie in ihrer Partizipationsbereitschaft zu fördern.

Die Ergebnisse der Erhebungen verdeutlichen: Politik spielt im Alltag junger Menschen eine Rolle, sie interessieren sich für politische Themen, sie sprechen mit Eltern, Freund*innen und Partner*innen darüber. Gleichzeitig zeigt sich, dass gerade die Zielgruppe junger Frauen, die bisher weniger Berührungspunkte mit Politik hatte, dazu neigt, dieses „Feld“ als abstrakt und abgehoben wahrzunehmen. Dass fast alles in irgendeinem Sinne politisch ist, wird hierbei meist nicht erkannt. Dass es förderlich sein kann, Politik nahbar und alltagspraktisch zu vermitteln, zeigt sich auch im Interesse der jungen Frauen je nach politischer Ebene: Je eher eine Politikebene als den unmittelbaren Alltag bestimmend wahrgenommen wird, desto interessierter sind die jungen Frauen. Um diese Nähe zur Politik zu erreichen, ist es empfehlenswert, möglichst früh anzusetzen und dadurch Politik niederschwellig in den Alltag zu integrieren.

Die Ergebnisse der Befragung verweisen darüber hinaus auf eine gewisse „Überforderung“ im Zusammenhang mit fehlender Informiertheit. Es wird als schwierig beurteilt, den Überblick über das aktuelle Geschehen zu behalten und auf dem Laufenden zu bleiben. Das Bewusstsein dafür zu stärken, was Politik im weitesten Sinne überhaupt bedeutet, worauf politische Entscheidungen einen Einfluss haben, welche Informationsquellen genutzt werden können

und wie man selbst aktiv mitgestalten kann, kann als zentrale Grundvoraussetzung für (partei-)politische Partizipation angesehen werden.

Viele Berührungspunkte und Zugänge schaffen!

Aus der Berufs- und Bildungsforschung ist bekannt, dass eine prozessorientierte und möglichst nahtlose Erfahrungskette sowie vielfältige Möglichkeiten besonders zielführend sind, um Jugendliche auf die Berufswelt vorzubereiten (Bergmann et al. 2023). Dies umfasst neben dem Bildungsbereich auch andere Einbindungen und Erfahrungsräume.

Dabei gilt es im Besonderen, die Heterogenität der Zielgruppe junger Frauen zu berücksichtigen, die in Abhängigkeit von sozialen, ökonomischen, regionalen, kulturellen und persönlichen Faktoren in verschiedene Verhältnisse eingebunden sind und sich unterschiedlich angesprochen fühlen. Hier gilt es, Angebote zielgruppenspezifisch zu gestalten.

Wird Politik als ein alltagsrelevantes Thema begriffen, dann kann es auch überall aufgegriffen werden, wo sich junge Menschen – und im Besonderen junge Frauen – aufhalten: In einem Jugendzentrum oder Jugendtreff, am Skaterplatz, in der Eislaufhalle, im Sport- oder Musikverein – überall hier können junge Frauen ermutigt werden, eine politische Haltung auszubilden. Zugleich gilt es, in Anbetracht der Zielgruppe, soziale Medien und sonstige Onlinekanäle mitzuverwenden. So legt die Befragung nahe, dass sich der Großteil der jungen Frauen hier Informationen zu politischen Themen holt und dass junge Frauen die Nutzung sozialer Medien als wichtige Strategie zur Stärkung des Interesses junger Menschen für Parteipolitik sehen.

Darüber hinaus verweisen die Ergebnisse darauf, dass es jungen Frauen trotz vorhandenem Interesse oft an Wissen über mögliche Zugänge zu politischen Organisationen bzw. Parteien fehlt. Dies spiegelt sich auch in den Erfahrungen mit gesellschaftspolitischem Engagement wider. So hat über die Hälfte der Befragten bisher keine Erfahrungen damit gesammelt. Besonders betroffen sind laut Befragung sehr junge Frauen, die noch unter 18 Jahren alt sind, sowie Frauen, die im ländlichen Bereich angesiedelt sind. Dementsprechend wichtig ist es Angebote zu schaffen, die der Zielgruppe konkrete Möglichkeiten aufzeigt, wie und wo sie (partei-)politisch aktiv werden kann. Dies betrifft vor allem auch die parteiliche Arbeit: Fast die Hälfte der Befragten fühlt sich von keiner Partei genügend angesprochen, um politisch aktiv zu werden.

Einen Raum für Austausch bieten

Es ist von besonderer Relevanz beim Ausbilden von politischem Interesse aber auch zur Förderung von notwendigen Skills, einen Raum zu bieten, in dem Austausch stattfinden kann. Von der Zielgruppe junger Frauen selbst als förderlich erlebt wird hierbei ein unhierarchisches Setting, in dem Debatten auf Augenhöhe geführt werden können und das Gegenüber auch bereit ist, den eigenen Standpunkt zu hinterfragen. Zugleich zeigt die Befragung, dass die jungen Frauen selbst mehr politische Bildung und Auseinandersetzungen mit politischen Themen an Schulen als eine wichtige Strategie zur Stärkung des Interesses junger Menschen sehen.

Dabei geht es aber nicht „nur“ um das Ausbilden von Interessen – einen Raum zum Debattieren zu bieten – sondern es bedeutet auch, jungen Frauen die Möglichkeit zu geben, ihre Argumente zu schärfen, ihre rhetorischen Fähigkeiten weiterzuentwickeln sowie ihre politische Meinung zu reflektieren und zu konkretisieren. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass junge Frauen im Vergleich zu gleichaltrigen jungen Männern dazu tendieren, ihre politischen Kompetenzen eher schlechter einzuschätzen, erscheint dieser Ansatz als besonders sinnvoll.

Die Zielgruppe selbst erwartet sich hierbei einen respektvollen Umgang auf Augenhöhe, was nicht bedeuten muss, dass man eine Meinung teilt; ganz nach dem Motto: *„Lass uns darüber streiten, das bessere Argument gewinnt!“*

Neben der stärkeren Förderung eines solchen Austausches in schulischen Räumen bedarf es auch der Erschließung zusätzlicher außerschulischer Räume, in denen ein solcher Austausch stattfinden kann. Auch hierfür bietet es sich an, Orte zu wählen, an denen sich junge Frauen ohnehin aufhalten.

Demokratie leben! Partizipation fängt im Kleinen an

Sich (partei-)politisch zu beteiligen oder sich für seine Werte einzusetzen, wird von manchen jungen Frauen der Zielgruppe als eine Herausforderung wahrgenommen. Dies liegt nicht zuletzt an Erlebnissen, in denen sie sich nicht ernst genommen fühlten.

Dementsprechend wichtig ist es, die erlebte Handlungsmacht der jungen Frauen zu stärken. Allerdings nicht dahingehend, dass sie das *Gefühl* haben, Einfluss nehmen zu können, sondern vielmehr dadurch, dass ihnen auch die tatsächlichen Möglichkeiten der Mitgestaltung gezeigt werden. Dies setzt auch voraus, dass die Themen der Jugendlichen ernst genommen werden. Auch die Zielgruppe selbst bewertet mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung als wichtige Aktivitäten, um das Interesse junger Menschen an Parteipolitik zu stärken.

Dabei kann im „Kleinen“ angesetzt werden. Partizipative Gemeindeprojekte, Kinder- und Jugendparlamente, die Einbindung in Schulentscheidungen – es gibt viele Möglichkeiten um Demokratie zu leben. Bereits die Möglichkeit, einen Raum, in dem viel Zeit verbracht wird, selbst mitzugestalten, kann einen Grundstein für die Vermittlung demokratischer Werte und die Bereitschaft zur (partei-)politischen Beteiligung legen. Dass darüber hinaus mit zunehmender Nähe der Politikebenen zur Lebensrealität der jungen Frauen auch ihr Interesse daran steigt, stellt einen weiteren Grund dar, die Partizipationsmöglichkeiten praxisnah und niederschwellig zu gestalten.

Politik als private Praxis – das Einbinden von Eltern

Dass die Herkunftsfamilie einen bedeutenden Einfluss auf die politische Sozialisation hat, ist wenig neu und überraschend. Dies stellt die Forschungspraxis jedoch einmal mehr vor die Herausforderung, Handlungsmöglichkeiten zu identifizieren, welche das Private bzw. die Eltern mitdenken. Die Einbindung von Eltern bzw. Erziehungsberechtigten ist eine relevante und wertvolle Herangehensweise, sie ist aber auch mit gewissen Herausforderungen und

Begrenzungen wie etwa Erreichbarkeit, Unterschiede im Engagement, unterschiedliche Zeitressourcen für Informationsveranstaltungen usw. verbunden.

Somit gilt es je nach Möglichkeit und konkreter Zielgruppe, Eltern zu sensibilisieren, Informationskampagnen und -veranstaltungen anzubieten sowie sie aktiv in Angebote zu integrieren. Denn die Ergebnisse legen auch nahe, dass die Zielgruppe fehlende Unterstützung im Privaten als ein Hindernis für die Beteiligung von Frauen in der Politik sieht. Darüber hinaus ist es jedoch auch wichtig, die jungen Frauen selbst dazu zu animieren, eine Meinung und politisches Interesse sowie notwendige Kompetenzen auszubilden und der Zielgruppe unabhängig von ihrer Herkunftsfamilie Zugänge zu ermöglichen.

Vorbilder schaffen und Geschlechterstereotype im Kontext „Politik“ aufbrechen

Ein relevanter Aspekt, um mehr Frauen in die Politik zu bringen, ist das Vorhandensein weiblicher Vorbilder. Auch die befragten jungen Frauen aus der Zielgruppe selbst sehen darin einen Grund, weshalb weniger Frauen als Männer in der Politik tätig sind.

Darüber hinaus gilt es auch, der stereotypen Darstellung von Politiker*innen in der medialen Berichterstattung entgegenzuwirken sowie die mediale Sichtbarkeit von Politikerinnen zu erhöhen. So verweisen Studien darauf, dass Politikerinnen in den Medien einerseits – entlang von geschlechtsstereotypen Zuschreibungen – anders als Männer dargestellt werden (Reinsch 2018), darüber hinaus aber auch quantitativ weniger stark sichtbar sind (Pernegger 2023). Dies deckt sich mit den Erkenntnissen der empirischen Erhebungen: Der Großteil gibt in der Befragung an, dass mehr über männliche Politiker berichtet wird, Frauen weniger zu sehen sind und dadurch mögliche Vorbilder fehlen. In den Workshops kritisierten die jungen Frauen zudem die klischeehafte Darstellung von Politikerinnen. In diesem Zusammenhang wurde vor allem auch als problematisch diskutiert, dass weibliche Politiker*innen anders beurteilt und in traditionelle Rollen gedrängt werden. So werden Frauen nach wie vor in der Rolle der „Mutter“ gesehen, ihnen werden andere Kompetenzen zugeschrieben und sie werden anderen Politikfeldern zugeordnet. Auch dahingehend decken sich die Wahrnehmungen der Teilnehmerinnen mit den Erkenntnissen bestehender Studien zur Darstellung von Politikerinnen (Fuchs 2010). Dabei gilt es – so sehen das auch die eingebundenen jungen Frauen – diese stereotypen Zuschreibungen zu durchbrechen.

Eine wichtige Empfehlung besteht somit darin, Angebote zur Förderung (partei-)politischer Partizipation im Hinblick auf ihre Gendersensibilität zu prüfen. Besonders gilt dies für den Schulkontext: So wurde in den Workshops wiederholt auf sexistischen Haltungen unter Lehrpersonen verwiesen.

Berufsbild konkretisieren und erlebbar machen

Die Ergebnisse der durchgeführten Studie verdeutlichen, dass fehlende Partizipation junger Frauen auch darauf zurückzuführen ist, dass sie Politik als etwas Abstraktes wahrnehmen und wenig über mögliche Zugänge Bescheid wissen.

Bezogen auf das Berufsbild bedeutet dies auch, dass eine Unwissenheit dahingehend besteht, was Berufspolitik konkret bedeuten kann. Mehrfach haben Studien darauf verwiesen, dass gerade praktische Einblicke und der Zielgruppe entsprechende, nahbare Berufsinformationen förderlich sind, um junge Menschen jenseits der geschlechtlichen Zuschreibungen beruflich zu orientieren (bezogen auf den ebenfalls stark nach Geschlecht segregierten MINT-Bereich siehe Bergmann et al. 2023; 2022; 2017; Wentzel & Funk 2015)

Anders als in anderen Berufen, sind die Anforderungen an Politiker*innen und die notwendigen Kompetenzen für die Ausübung dieses Berufs weniger klar definiert und es gibt auch keine konkrete Ausbildung, die erforderlich ist. Dies erlaubt es, Politik vielfältig zu gestalten, kann allerdings auch junge Menschen daran hindern, aufgrund fehlender Konkretisierung, eine solche Karriere überhaupt in Betracht zu ziehen.

Konkrete Einblicke – wie sie auch im Rahmen des Projekts „Girls in Politics“ gegeben werden - können dazu beitragen, dass sich junge Frauen etwas unter dem Berufsfeld vorstellen können und gegebenenfalls ihre Interessen und Kompetenzen in diesem Tätigkeitsfeld entdecken. Eine zentrale Handlungsempfehlung besteht daher in der Fortführung und Ausweitung dieser Projekte. Von zentraler Wichtigkeit wäre es, hier verstärkt junge Frauen in den Blick zu nehmen, die noch weniger politische Berührungspunkte aufweisen bzw. vor größeren Hürden stehen, wenn sie sich (partei-)politisch engagieren wollen. Dies sind bspw. junge Frauen aus bildungsfernen Schichten, mit Migrationshintergrund oder ökonomisch benachteiligenden Verhältnissen.

Rahmenbedingungen

Ein weiterer Handlungsansatz, der die (partei-)politische Partizipation junger Frauen langfristig stärker ermöglichen würde, besteht in der Schaffung förderlicher struktureller Rahmenbedingungen. Wenngleich hier keine kurzfristig umzusetzenden Handlungsvorschläge geliefert werden können, ist eine wirklich gleichberechtigte (partei-)politische Partizipation langfristig nur durch grundlegende Veränderungen auf Ebene der strukturellen Verhältnisse zu erreichen.

Ein sehr zentraler Aspekt dabei ist das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf. So zeigen Studien, dass schlechte Vereinbarkeit einen Hauptfaktor für die fehlende Beteiligung von Frauen in der kommunalen Politik darstellt (Dörfler & Kaindl 2019). Auch die Zielgruppe selbst sieht darin eine große Problematik. Ein zentraler langfristiger Hebel zur Förderung der (partei-)politischen Partizipation besteht somit in der Schaffung von Vereinbarkeitsmodellen für Berufspolitik*innen, von familienfreundlicheren parteilichen Strukturen sowie in einem Ausbau ganztägiger Kinderbetreuungsangebote.

Parallel dazu bedarf es einer geschlechtergerechten Verteilung von zeitlichen und finanziellen Ressourcen, womit vor allem dem Abbau bestehender Ungleichheiten in der Verteilung von Erwerbs- und Betreuungsarbeit eine wichtige Rolle zukommt. So zeigen Studien, dass Erwerbsarbeit sowohl aufgrund der damit verbundenen finanziellen Ressourcen als auch aufgrund des Zugangs zu Netzwerken (partei-)politische Partizipation fördert, während Betreuungsarbeit (partei-)politische Partizipation erschwert (Lorrenzini & Bassoli 2015). Handlungsansätze, die eine ausgewogenere Verteilung von Erwerbs- und Betreuungsarbeit

fördern und damit die Ressourcen von Frauen für (partei-)politische Partizipation steigern können, sind etwa Karenzmodelle, die stärkere Anreize für gleichberechtigte Aufteilung bieten, aber auch die gezielte Förderung bewusstseinsbildender Maßnahmen, die dem Abbau stereotyper Rollenbilder (vor allem bei jungen Menschen) dienen.

Viel mehr ist allerdings ein Zusammenspiel der hier angeführten Handlungsansätze notwendig, um junge Frauen für Mitbestimmungsmöglichkeiten zu sensibilisieren, um ihr Interesse an einem (partei-)politischen Engagement zu erhöhen sowie um sie zu bestärken, sich zu engagieren und auch um die für ein Engagement förderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

11 Literatur

- Bereswill, Mechthild; Bläsing, Lisa Marie; Draude, Claude; Kuhn, Hans Peter; Lumpp, Gabriele; Spitzner, Josefine (2020): Ungleiche Präferenzen? Zum Zusammenhang von Studienfachwahl und Geschlecht aus sozialisations- und geschlechtertheoretischer Perspektive am Beispiel des Studienfachs Informatik. In: *ZSE Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 40(3), S. 231-253, DOI: 10.3262/ZSE2003231
- Bergmann, Nadja; Danzer, Lisa; Willsberger, Barbara; Wieser, Regine (2017): Ausbildungssituation von jungen Frauen in handwerklich-technischen Berufen. Wien.
- Bergmann, Nadja; Nikolatti, Ronja; Sorger, Claudia; Fink, Marcel; Titelbach, Gerlinde (2022): „Man hat erwartet, dass wir das können.“ Dekonstruktion von Geschlechterstereotypen in einer digitalisierten Welt? Wie Jugendliche und junge Erwachsene die digitale Zukunft einschätzen. Band 1 des Forschungsprojekts „DigiTyps“, Wien.
- Bergmann, Nadja; Meyer, Lucas; Nikolatti, Ronja; Wetzel, Petra (2023): Bildungs- und Berufswahlprozesse junger Frauen: MINT the Gap!. Wien: Studie im Auftrag von LEA – Let’s Empower Austria.
- BKA (2023): Frauen in politischen Entscheidungspositionen in Österreich 2022. Entwicklung der Repräsentation von Frauen zwischen 2012 und 2022. Bundeskanzleramt, Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien, Wien.
- Bohnsack, Ralf (2010): Documentary method and group discussions. In: Bohnsack, R.; N. Pfaff, N & Weller, W. (Hrsg.): *Qualitative analysis and documentary method in international educational research* (pp. 99-124). Opladen: B. Budrich. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssaoar-317339> (abgerufen am 25.9.2023).
- Cicognani, Elvira; Zani, Bruna; Fournier, Bernard; Gavray, Claire; Born, Michel (2012): Gender differences in youths' political engagement and participation. The role of parents and of adolescents' social and civic participation. In: *Journal of adolescence* 35 (3), S. 561–576. DOI: 10.1016/j.adolescence.2011.10.002.
- Dörfler, Sonja; Kaindl, Markus (2019): Gender-Gap in der politischen Partizipation und Repräsentation: Ein internationaler Vergleich und die Situation von Frauen in der österreichischen Kommunalpolitik. Forschungsbericht Nr. 31, Österreichisches Institut für Familienforschung, Wien.
- Ellemers, Naomi (2018): Gender Stereotypes. In: *Annual Review of Psychology*, 69, S. 275–298. DOI: 10.1146/annurev-psych-122216-011719.
- Faulstich, Peter; Trumann, Jana (2016): Wissenschaftsvermittlung, Popularisierung und kollektive Wissensproduktion. In: *Magazin erwachsenenbildung.at*. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 27. Wien.
- Friedhoff, Caroline; Funder, Maria; Holtkamp, Lars; Hossain, Nina; Wiechmann, Elke. (2016): Fazit und Perspektiven: Migration, Geschlecht und politische Partizipation: Eine Studie über politische Partizipation und Repräsentation von Migrant_innen in Deutschland. In (ebd.): *Partizipation – Migration – Gender*. Baden-Baden: Nomos, S.235-245.

- Fuchs, Gesine (2010): Politik: Verfasste politische Partizipation von Frauen. In: Becker, Ruth; Kortendiek, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung, Wiesbaden: Springer SV, S.547-554.
- Gallup (2022): Jugend und Demokratie. Wien.
https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:2265e09f-ad8a-4760-9361-4c78a10a9945/befragung_zum_thema_jugend_demokratie-september2022.pdf
 (abgerufen am 9.10.2023).
- Gemeindebund (2019): Bürgermeisterbefragung. https://gemeindebund.at/website2020/wp-content/uploads/2020/07/demox-research_pk-buergermeisterbefragung_neu-2.pdf,
 (abgerufen am 14.9.2023).
- Gemeindebund (2023): Wissenswertes über unsere Bürgermeister*innen.
<https://gemeindebund.at/buergermeister-und-buergermeisterinnen/> (abgerufen am 9.10.2023).
- Gidengil, Elisabeth; O'Neill, Brenda; Young, Lisa (2010): Her Mother's Daughter? The Influence of Childhood Socialization on Women's Political Engagement. In: *Journal of Women, Politics & Policy* 31 (4), S. 334–355. DOI: 10.1080/1554477X.2010.533590.
- Gidengil, Elisabeth; Stolle, Dietlind (2012): What do women know about government services and benefits? In: *Canadian public policy. Analyse de politiques* 38 (1), S. 31–54. DOI: 10.3138/cpp.38.1.31.
- Hitzler, Roland; Honer, Anne (1988): Der lebensweltliche Forschungsansatz. Neue Praxis, 18(6), S. 496-501. <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/5550> (abgerufen am 25.09.2023).
- Hoecker, Beate (1995): Politische Partizipation von Frauen. Ein einführendes Studienbuch. Opladen: Leske + Budrich.
- Hofer, Karin; Wolfgruber, Elisabeth (2020): Warum werden Frauen nicht gewählt? Zur Situation von Frauen in der Kommunalpolitik. In: Wolfgruber, Elisabeth; Grabner, Petra (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Dokumentation der 6. Frauenringvorlesung an der Universität Salzburg. WS 1999/2000. Studien-Verlag. Innsbruck/Wien/München. S. 249-272.
- Iversen, Torben; Rosenbluth, Frances (2006): The Political Economy of Gender: Explaining Cross-National Variation in the Gender Division of Labor and the Gender Voting Gap. In: *Am J Political Science* 50 (1), S. 1–19. DOI: 10.1111/j.1540-5907.2006.00166.x.
- Kaase, Max (1994): Partizipation. In: Holtmann, Everhard (Hrsg.): Politik-Lexikon, München: Oldenbourg, S. 442–445
- Lamnek, Siegfried (2005): Gruppendiskussion. Theorie und Praxis. 2. Auflage. Beltz.
- Lawless, Jennifer F.; Fox, Richard L. (2010): It still Takes a Candidate – Why Women Don't Run for Office. New York: Cambridge University Press

- Lorenzini, Jasmine; Bassoli, Matteo (2015): Gender ideology: The last barrier to women's participation in political consumerism? In: *International Journal of Comparative Sociology*, 56 (6), S. 460-483. DOI: 10.1177/0020715215625726.
- Micus-Loos, Christiane; Plößler, Melanie; Geipel, Karen; Schmeck, Marike (2016): Normative Orientierungen in Berufs- und Lebensentwürfen junger Frauen. Wiesbaden: Springer VS.
- Parlament Österreich (2023a): Alle aktuellen Mitglieder der Bundesregierung.
https://www.parlament.gv.at/recherchieren/personen/bundesregierung?WFW_018REG=0&WFW_018R_ZEIT=AKT (abgerufen am 25.9.2023).
- Parlament Österreich (2023b): Frauenanteil im Nationalrat.
<https://www.parlament.gv.at/recherchieren/statistiken/personen-statistiken/frauen/NR> (abgerufen am 25.9.2023).
- Parlament Österreich (2023c): Frauenanteil im Bundesrat.
<https://www.parlament.gv.at/recherchieren/statistiken/personen-statistiken/frauen/BR> (abgerufen am 25.9.2023).
- Parlament Österreich (2023d): Landeshauptleute.
<https://www.parlament.gv.at/recherchieren/personen/landeshauptleute> (abgerufen am 25.9.2023).
- Pernegger, Maria (2023): frauen. politik. medien. Jahresstudie 2022. Fokus Frauen & Geld. Losenstein: MediaAffairs.
<http://www.mediaaffairs.at/module/downloadfile.php?download=contentdatei23894.pdf>
- Pflanzelt, Hannah; Spies, Dennis C. (2019): The Gender Gap in Youth Political Participation: Evidence from Germany. In: *Political Research Quarterly* 72 (1), S. 34–48. DOI: 10.1177/1065912918775249.
- Plan International (2022): Equal Power Now. Mädchen, junge Frauen und politische Teilhabe. Politikforschung. S. 141-167. https://www.plan-international.at/fileadmin/website_at/04_Aktuelles/Girls-Report-Zusammenfassung-AT-2022.pdf (abgerufen am 25.9.2023).
- Przyborski, Aglaja; Wohlrab-Sahr, Monika (2021): Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch (5. Aufl.). De Gruyter Oldenbourg.
<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783110710663/html> (abgerufen am 25.9.2023).
- Quintillier, Ellen (2015): "Engaging Adolescents in Politics: The Longitudinal Effect of Political Socialization Agents." *Youth & Society* 47 (1): 51-69
- Reinsch, Kerstin (2018): Politikerinnen sind keine Männer – Und Politiker auch nicht? Zur Rolle geschlechtsbezogener Darstellungen in der deutschen und amerikanischen Berichterstattung über Spitzenpolitiker/innen. Dissertation. Halle an der Saale: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

- Sailer, Baldur; Tamesberger, Dennis (2013): NEET-Jugendliche und politische Partizipation. Der Beitrag der sozialräumlichen Jugendarbeit zur Steigerung der politischen Partizipation. In: *Momentum Quarterly – Zeitschrift für sozialen Fortschritt* 2 (4), S. 168–182. DOI: 10.15203/momentumquarterly.vol2.no4.p168-182.
- Schlozman, Kay Lehman; Burns, Nancy; Verba, Sidney (1999): "What Happened at Work Today?": A Multistage Model of Gender, Employment, and Political Participation. In: *The Journal of Politics* 61 (1), S. 29–53. DOI: 10.2307/2647774.
- Schulze, Heidrun; Natmessni, Alina; Streicher, Barbara; Lehner, Nadja; Al Jaderi, Afnan; Mashtah, Moustafa; Dakic, Hristina; Omann, Christoph; Vasso, Siameti; Fedoua, Beckerman; Giannakopoulou, Aiki; Agogi, Ellinogermaniki; Mignan, Vanessa; Martineau, Céline; Association Traces; Cerri, Luigi; Riccio, Chiara (2019): Wissenschaftsvermittlung – Soziale Inklusion – Interkultureller Dialog. Schlüsselkompetenzen für PädagogInnen, WissenschaftsvermittlerInnen und für Institutionen der außerschulischen Wissenschaftsvermittlung, Wien: PISEA-Promoting Intercultural Science Education for Adults.
- Stainer-Hämmerle, Kathrin; Zupan, Kathrin; Pöcher, Jessica (2022): Kommunalpolitik von morgen. Befragung der österreichischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Kärnten: Studie im Auftrag des Österreichischen [Gemeinbundes](https://gemeinbund.at/website2020/wp-content/uploads/2022/03/pk-prasentation-kommunalpolitik-von-morgen.pdf). <https://gemeinbund.at/website2020/wp-content/uploads/2022/03/pk-prasentation-kommunalpolitik-von-morgen.pdf> (abgerufen am 12.10.2023).
- Statistik Austria (2023): Teilzeitarbeit, Teilzeitquote. <https://www.statistik.at/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitszeit/teilzeitarbeit-teilzeitquote> (abgerufen am 10.10.2023).
- Steininger, Barbara (2000): Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation. In: Pelinka, Anton; Plasser, Fritz; Meixner, Wolfgang (Hrsg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien.
- Steuer, Linda (2015): Gender und Diversity in MINT-Fächern. Eine Analyse der Ursachen des Diversity-Mangels. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Verba, Sidney; Nie, Norman H. (1987): Participation in America: Political Democracy and Social Equality. Chicago: The University of Chicago Press.
- Weidhofer, Cécile; Walchshäusl, Dorothea; Friedrich, Sarah (2023): Mit Kind in die Politik. Gute Praktiken für die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalpolitischem Ehrenamt.
- Wentzel, Wenka; Funk, Lore (2015): „Als ich selbst an der Maschine war, war ich erstaunt wie leicht es ging“ – Kriterien zur Gestaltung von Berufsorientierungsveranstaltungen für Mädchen. In: Christiane Micus-Loos und Melanie Plößler (Hrsg.): Des eigenen Glückes Schmied_in!? Wiesbaden: Springer, S. 135–153.
- Wöhler, Veronika; Arzmann, Doris; Wintersteller, Teresa; Harrasser, Doris; Schneider, Karin (2017): Partizipative Aktionsforschung mit Kindern und Jugendlichen. Von Schulsprachen, Liebesorten und anderen Forschungsdingen. VS Springer Verlag.

Anhang

Tabelle A1 zu Abbildung 1

Gespräche über politische Themen mit	täglich	wöchentlich (aber nicht täglich)	monatlich (aber nicht wöchentlich)	seltener als ein Mal im Monat	nie
... der Mutter bzw. Erziehungsberechtigten	5%	30%	25%	25%	15%
... dem Vater bzw. Erziehungsberechtigten	7%	26%	29%	21%	17%
... dem*r Partner*in	8%	19%	11%	13%	50%
... Freund*innen	6%	20%	24%	26%	23%
... Bezugs- oder Vertrauenspersonen (Lehrer*innen, Betreuer*innen, Mentor*innen)	1%	26%	20%	18%	35%
... Kolleg*innen (aus Schule, Studium, Ausbildung, Arbeit, Vereinen)	6%	21%	25%	25%	24%
... anderen Familienangehörigen	2%	13%	25%	33%	27%
... Personen in sozialen Netzwerken	4%	9%	13%	17%	58%

Tabelle A2 zur Abbildung 2

Themen	sehr interessiert	eher interessiert	eher nicht interessiert	gar nicht interessiert
Frauen- und Gleichstellungspolitik	56%	32%	9%	4%
Gesundheit und Versorgung	48%	39%	10%	3%
Bildung	43%	43%	10%	3%
Familie	44%	37%	14%	4%
Soziale Lage und Chancengerechtigkeit	44%	35%	15%	5%
Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit	32%	42%	22%	5%
Digitalisierung	20%	45%	28%	7%
Diversität und gesellschaftliche Teilhabe	33%	29%	23%	15%
Arbeitsmarkt	16%	46%	30%	8%
Nationale und supranationale Sicherheit	20%	39%	29%	12%
Wirtschaft	12%	37%	39%	12%
Energiewende	15%	29%	43%	14%
Demographischer Wandel	8%	35%	37%	20%
Internationale Kooperationen und Globalisierung	16%	16%	29%	40%

Tabelle A3 zu Abbildung 3

Interesse an	sehr interessiert	eher interessiert	eher nicht interessiert	gar nicht interessiert
... politischen Themen, die die Universität bzw. Fachhochschule betreffen (z.B. ÖH-Wahl)	28%	46%	23%	3%
... politischen Themen, die deine Schule betreffen (z.B. Schulsprecher*innenwahl)	30%	39%	23%	7%
... politischen Themen, die die Gemeinde oder den Bezirk betreffen	25%	36%	24%	15%
... politischen Themen, die das Bundesland betreffen	19%	42%	29%	9%
... internationalen politischen Themen	16%	44%	29%	11%
... nationalen politischen Themen	17%	43%	30%	11%

Tabelle A4 zu Abbildung 4

Grund	trifft voll zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft gar nicht zu
Ich finde es schwierig, den Überblick über das aktuelle politische Geschehen zu behalten.	29%	47%	16%	8%
Es fällt mir schwer, bei politischen Themen auf dem Laufenden zu bleiben.	27%	47%	18%	8%
Es fällt mir schwer zu beurteilen, ob die Informationen, die ich finde, glaubwürdig sind.	17%	33%	32%	18%
Es fällt mir schwer, mich in politischen Themen zurechtzufinden.	18%	30%	38%	14%
Ich habe kein Interesse daran, mich zu informieren.	8%	27%	34%	30%
Ich weiß nicht, wo ich mich über das aktuelle politische Geschehen informieren kann.	8%	25%	40%	27%

Tabelle A5 zu Abbildung 5

Informationsquelle	Anteil
Soziale Medien	72%
Internetseiten	61%
Familienangehörige	58%
Fernsehen	52%
Zeitungen	41%
Freund*innen	36%
Schulkolleg*innen oder Lehrer*innen	33%
Podcasts	18%
Influencer*innen	14%
Ich informiere mich nicht aktiv über aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen	9%
Arbeitskolleg*innen	3%

Tabelle A6 zu Abbildung 6

Politische Kompetenz	stimme voll zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu
Ich kann anderen Menschen meinen politischen Standpunkt klar machen.	23%	43%	22%	12%
Ich verfüge über die nötigen Fähigkeiten, mich aktiv am politischen Geschehen beteiligen zu können.	15%	35%	35%	16%
Ich traue mir zu, mich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen.	17%	32%	30%	21%
Wenn ich in einer politischen Gruppe (z.B. Organisation, Initiative, Partei) aktiv sein möchte, dann weiß ich, wie ich einen Zugang bekomme.	14%	19%	31%	36%

Tabelle A7 zu Abbildung 7

Persönliche Erfahrung	Anteil
Ich habe noch keine persönlichen Erfahrungen mit gesellschaftspolitischem Engagement gemacht	56%
Ich habe bereits an Demonstrationen teilgenommen.	30%
Ich habe bereits eine Bürger*inneninitiative oder Petition unterstützt.	26%
Ich habe mich bereits bei einer öffentlichen Diskussion (vor Ort oder online) zu einem bestimmten Thema eingebracht.	14%
Ich habe mich bereits an politischen Projekten in meiner Gemeinde bzw. meinem Bezirk beteiligt.	8%
Ich habe bereits bei der Organisation einer Demonstration bzw. eines Streiks mitgeholfen.	6%
Ich bin aktuell in einer Bewegung aktiv (z.B. Klimaproteste).	5%

Tabelle A8 zu Abbildung 8

Teilnahme an Wahl	Anteil
Bundespräsidentenwahl	50%
Landtagswahlen (Landesregierung für das jeweilige Bundesland)	38%
Gemeinderats- oder Bürgermeister*innenwahlen	32%
Nationalratswahl (Österreichische Bundesregierung)	31%
Ich habe noch nicht an politischen Wahlen teilgenommen	31%

Tabelle A9 zu Abbildung 9

Begründung	Anteil
Ich war damals noch nicht alt genug (unter 16 Jahren).	53%
Ich durfte nicht wählen (keine österreichische/ EU-Staatsbürgerschaft).	25%
Ich hatte kein Interesse daran, zu wählen.	17%
Ich wusste nicht, welche Partei bzw. welche Kandidat*innen ich wählen soll.	12%
Ich habe nicht mitbekommen, dass Wahlen stattfinden.	10%
Ich fühle mich nicht von der Politik vertreten hinsichtlich der gesellschaftspolitischen Themen, die mir wichtig sind.	8%

Tabelle A10 zu Abbildung 10

Persönliche Erfahrung	Anteil
Mitglied in einer politischen Partei, einer parteilichen Teilorganisation bzw. Jugendorganisation	8%
Engagement in einer außerparteilichen politischen Organisation (z.B. Interessensvertretung, NGO)	7%

Tabelle A11 zu Abbildung 11

Begründung	Anteil
Ich habe kein Interesse an einem parteipolitischen Engagement.	58%
Ich fühle mich von keiner Partei genug angesprochen.	48%
Ich habe derzeit keine Zeit für parteipolitisches Engagement.	36%
Ich hätte Interesse, weiß aber nicht, wie ich einer Partei beitreten könnte.	4%
Ich war bereits in einer Partei, habe sie aber wieder verlassen.	1%

Tabelle A12 zu Abbildung 12

Begründung	Anteil
Ich habe kein Interesse an einem politischen Engagement.	52%
Ich habe derzeit keine Zeit für politisches Engagement.	39%
Ich fühle mich von keiner außerparteilichen Organisation genug angesprochen.	29%
Ich hätte Interesse, weiß aber nicht, wie ich einer außerparteilichen Organisation beitreten könnte.	10%
Ich war bereits in einer außerparteilichen Organisation, habe sie aber wieder verlassen.	2%

Tabelle A13 zu Abbildung 13

Motivation	trifft voll zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft gar nicht zu
Ich wollte in unserer Gesellschaft etwas bewirken.	62%	28%	10%	0%
Ich sah darin die Chance, mich persönlich weiterzuentwickeln.	50%	32%	11%	8%
Ich wurde direkt angesprochen, ob ich mich engagieren möchte.	34%	32%	18%	16%
Ich wollte ein konkretes Thema einbringen.	31%	33%	26%	10%
Ich bin in einem politisch interessierten Elternhaus aufgewachsen.	37%	24%	18%	21%
Freund*innen von mir waren politisch engagiert.	18%	39%	16%	26%
Ich habe mir von einem Engagement gute Kontakte bzw. ein gutes Netzwerk erwartet.	32%	24%	18%	26%
Ich hatte ein politisches Vorbild, das mich inspiriert hat.	27%	27%	19%	27%
Ich sah die Möglichkeit, eine politische Karriere zu starten.	16%	32%	16%	37%

Tabelle A14 zu Abbildung 14

Aktivitäten und Strategien	stimme voll zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu
Die Nutzung sozialer Medien (z.B. Instagram, TikTok, Facebook), um jüngere Menschen zu erreichen.	58%	33%	7%	3%
Mehr politische Bildung bzw. Auseinandersetzung mit politischen Themen an Schulen.	47%	36%	11%	6%
Gezielte und zielgruppengerechte Ansprache junger Menschen.	37%	44%	14%	5%
Mehr Möglichkeiten zur Mitsprache auf Gemeinde- und Bezirksebene, z.B. durch offene Veranstaltungen, Diskussionsrunden.	36%	42%	15%	7%
Verstärkte Wissensvermittlung über die konkreten Ziele und Anliegen der einzelnen Parteien.	36%	37%	21%	6%

Tabelle A15 zu Abbildung 15

Begründung	trifft voll zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft gar nicht zu
Es gibt weniger weibliche Vorbilder in der Politik.	37%	44%	14%	5%
Es gibt mehr Berichterstattung über männliche als über weibliche Politiker*innen.	36%	37%	18%	9%
Frauen werden nicht ausreichend durch das private Umfeld unterstützt, politisch aktiv zu werden.	31%	38%	19%	12%
Frauen haben wegen familiärer Verpflichtungen weniger Zeit, um sich politisch zu engagieren.	15%	38%	28%	19%
Der öffentliche Druck und die Präsenz in der Öffentlichkeit schrecken Frauen mehr ab.	12%	29%	30%	28%
Die Art der politischen Diskussion und Auseinandersetzung schreckt viele Frauen ab.	11%	30%	36%	23%
Frauen interessieren sich weniger als Männer für Politik.	3%	18%	32%	47%

Tabelle A16 zu Abbildung 16

Aktivitäten und Strategien	stimme voll zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu
Frauen in der Politik müssten medial stärker sichtbar gemacht werden.	47%	38%	10%	5%
Die Parteiarbeit bzw. politische Tätigkeit im Allgemeinen muss familienfreundlicher gestaltet werden (z.B. Ausbau der Kinderbetreuung, attraktivere Arbeitszeiten, verstärkt auf digitale Formate setzen).	47%	37%	11%	5%
Frauen müssen stärker von Männern und in deren Netzwerke miteinbezogen werden.	37%	37%	19%	7%
Es müssen Förder- und Mentoringprogramme geschaffen werden, um Frauen beim Einstieg in die Politik zu begleiten und unterstützen.	35%	38%	19%	8%
Frauen müssen gezielter angesprochen werden, um deren Interesse für Politik zu erhöhen.	35%	37%	23%	5%
Verbindliche Frauenquoten müssen auf allen politischen Ebenen eingeführt werden.	30%	36%	19%	15%

Tabelle A17 zu Abbildung 17

Einschätzung	entspricht der Realität	trifft nicht zu
Frauen spezialisieren sich auf bestimmte Themen mit sozialem Fokus, wie Bildung, Familie, Soziales, Umwelt.	78%	22%
Politikerinnen haben eine Vorbildfunktion in Bezug auf das Familienleben.	52%	48%
Politikerinnen suchen nicht die Konfrontation, sondern bemühen sich um Ausgleich und Konsens.	42%	58%
An männliche und weibliche Politiker*innen werden die gleichen Erwartungen und Anforderungen gestellt.	29%	71%

TabelleA18 zu Abbildung 18

Bewertung	das soll so bleiben	ich wünsche mir eine Veränderung
Frauen spezialisieren sich auf bestimmte Themen mit sozialem Fokus, wie Bildung, Familie, Soziales, Umwelt.	57%	43%
Politikerinnen haben eine Vorbildfunktion in Bezug auf das Familienleben.	49%	51%
Politikerinnen suchen nicht die Konfrontation, sondern bemühen sich um Ausgleich und Konsens.	40%	60%
An männliche und weibliche Politiker*innen werden die gleichen Erwartungen und Anforderungen gestellt.	23%	77%